

# Arbeiter-Zeitung

Mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, Besondere  
mit 48 Bl. + 12 Bl. Botenlohn = 60 Bl., monatlich  
Bl. Botenlohn = 2,80 Mk., Einzelnummer 10 Bl. Durch  
gehend monatlich 2,60 Mk., unter Streifenband 3 Mk.  
Preis: Die sechspaltige Millimeterzeile oder deren  
Breite und Versammlungsanzeigen 6 Bl. Kellame-  
breitige sechspaltige Millimeterzeile oder deren Raum im Zeit  
druck der Inseratennahme in der Hauptredaktion um  
ein Millimeter am Tage vorher bis frühestens 18 Uhr.

**für Schlesien und Oberschlesien**  
**Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale**  
**Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“**  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Teichgraben 50, 2. og  
Lebden 460 59, Wollschellentag  
Breslau 544, Redaktion: Breslau 10, Teichgraben 50,  
Telephon 439 02, Sprechzeit der Redaktion von 12-18 Uhr,  
Montags bis Freitags von 17-18 Uhr. Filialredaktion  
Breslau, Luntz 6, Telephon 23 54, Sprechzeit von 8-10 Uhr.  
Verlagsort: Hauptverlagsort Breslau, Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. B. G., Breslau, - Druck: „Neubau“, Filiale Breslau  
Teichgraben 50.

## Gewerkschaftsbürokratie für Lohnraub

Lohnraubschiedspruch für die niederschlesische Metallindustrie von Unternehmertum und Gewerkschaftsbürokratie angenommen - Tarife für 1,5 Million Arbeiter und Angestellte gekündigt

### Unter Führung der KPD. auf zur Gegenoffensive!

am 16. Dezember. Der am 9. Dezember für die niederschlesische Metallindustrie gefällte Schiedspruch ist von dem Arbeiter und auch von der Gewerkschaftsbürokratie angenommen worden. - Der angenommene Schiedspruch hat folgenden Inhalt:

1. Dezember werden die Lohnsätze für gelernte und ungelernete um 6 Prozent, für ungelernete um 5 Prozent und um 4 Prozent gekürzt. Die Affordbasis wird um 6 Prozent. Die Laufzeit des Lohntarifs ist bis zum 30. Juni 1931

#### abbau auch in der Breslauer Metallindustrie

16. Dezember. Nachdem bekannt wurde, daß der Lohnraub für die niederschlesische Metallindustrie sowohl vom Arbeitgeber als auch von den Gewerkschaftsbürokraten angenommen ist, ist zu befürchten, daß ein ähnliches schändliches auch für die Breslauer Metallindustrie wird. Bekanntlich wurde der für die Breslauer Metallindustrie gefällte Schiedspruch von den Funktionären des DMB. r. Hirsche abgelehnt. Daraufhin machte der Reichsleiter den Parteien den Vorschlag, sich freiwillig (1) Lohnabbau von 7,5 Prozent im Afford und 5 Prozent im zu einigen. Dieser Vorschlag wurde von den Funktionären DMB. mit Recht als provokatorisch bezeichnet und eingelehnt. Unter dem Einfluß des „linken“ Ziegler unter die Funktionäre, irgendwelche Kampfmaßnahmen zu

#### 25 Prozent Lohnabbau in der hannoverschen Metallindustrie

Die hannoversche Metallindustrie hat der Schlichter einen Schiedspruch gefällt, nachdem der tarifliche Stundenlohn um 3,5 Prozent gekürzt wird. Die schlimmste Bestimmung ist aber die, daß der Lohn nur noch 20 Prozent über dem neuen Stundenlohn liegt. Bei den Verhältnissen in der hannoverschen Metallindustrie bedeutet dies eine Senkung der Affordlöhne um 20 bis 25 Prozent. Selbst der Berliner „Vorwärts“ muß zugeben, daß der Lohnraub in der hannoverschen Metallindustrie ein schändliches Verbrechen ist. - Gewerkschaftsbürokratie wird, wenn dieser schändliche Schiedspruch angenommen wird, die Metallarbeiter wieder in die Betriebe treiben.

#### Lohnabbau überall

Die Remscheider Metallindustrie wurde ein Schiedspruch gefällt, der 7 Prozent Lohnabbau vorsieht. In der Hamburger Eisenindustrie fällt der Schlichter ein Schiedspruch mit 6 Prozent Lohnraub. Verhandlungen zwischen den Unternehmern und dem DMB. in Chemnitz sind gescheitert. Die Unternehmer fordern einen Lohnabbau.

#### Der Berliner Buchdruckerstreik geht weiter

Der Berliner Buchdruckerstreik geht weiter. Die Firma hat keine weitere Provokation geleistet. Am nächsten Sonntag werden die Auszahlung der noch fälligen Reklamlöhne. Außerdem ist damit herausgerückt, daß sie alle Löhne abbauen will. Der Streik ist entschlossen, bis zum Sieg weiterzukämpfen. Der Streik geht vollständig aus. Zugang ist ferngehalten. Hebt

Annahme des Lohnraubschiedspruches für die niederschlesische Metallindustrie ist ein Alarmzeichen, und zwar nicht für die Metallarbeiter. Die Gewerkschaftsbürokraten haben mit ihrer offenen Zustimmung zu dem ungenügenden Lohnabbau zum Ausdruck gebracht, daß sie im Prinzip ebenso wie Herr Rißdner und Brünning

den einzigen Ausweg aus der furchtbaren Wirtschaftskrise in der „Kapitalbildung“ sehen. Um die Kapitalbildung zu beschleunigen, müssen sie logischerweise für die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen eintreten.

Nach Angaben des DMB. Vorstandes selbst waren am 9. Dezember 213 Tarife für etwa 1,5 Millionen Arbeiter gekündigt. Bei all diesen Kündigungen handelt es sich um einen Vorstoß der Unternehmer mit dem Ziele des Lohnabbaues. Dasselbe Ziel haben die Unternehmer in den Breslauer Lausitzmännischen Betrieben, wo von rund 22.000 Angestellten ein Gehaltsabbau von 10 Prozent und mehr gefordert wird, im niederschlesischen und ober-schlesischen Bergbau, in der schlesischen und ober-schlesischen Landwirtschaft, im Buchdruckgewerbe. Wohin wir auch greifen, überall bauen die Unternehmer die Löhne und Gehälter ab und finden dabei die offene oder versteckte Hilfe der Gewerkschaftsbürokraten.

Aus der Wirtschaftskrise wird uns nicht die Kapitalbildung nach dem Rezept von Rißdner und Brünning herauszuführen, sondern der Kampf der Arbeiter und Angestellten für Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen und darüber hinaus für Vergesell-

schaltung der Großbetriebe und Einführung einer Planwirtschaft,

die auf den Bedarf der werktätigen Bevölkerung abgestellt sein muß, und nicht, wie die jetzige Wirtschaft, nur im Interesse der weiteren Bereicherung der Reichen geleitet wird.

Die Steuern und Abgaben werden erhöht, die Leistungen der Krankenkasse und Arbeitslosenversicherung abgebaut. Hand in Hand damit geht der Lohn- und Gehaltsabbau. Der Lebensstandard der deutschen werktätigen Bevölkerung soll auf ein in der Geschichte nie gekanntes niedriges Niveau herabgedrückt werden.

Arbeiter, Angestellte, mehr euch! Sprengt die Schlichtungsstellen! Durchkreuzt den Verrat der Gewerkschaftsbürokratie! Schließt in den Betrieben die kämpfende Einheitsfront unter Führung der KPD! Tretet zu Betriebsversammlungen zusammen! Beschließt, keinen Pfennig Lohnabbau zu dulden! Wehrt Kampfausschüsse! Organisiert die Ausplünderungsoffensive der deutschen Kapitalisten mit der Gegenoffensive der Ausgebeuteten! Organisiert den Streik gegen jeden Pfennig Lohn- und Gehaltsabbau! Alle Häder stehen still, wenn dein starker Arm es will!

## Eisenbahner vom Schlichter verschachert

Die von der Gewerkschaftsbürokratie angerufene Schlichterkammer hat jetzt in bezug auf die Arbeitszeit der Eisenbahner einen aus zwei Teilen bestehenden Schiedspruch gefällt. Der erste Teil legt die bisherigen Arbeitszeitbestimmungen bis zum 15. Januar 1931 wieder in Kraft. Der zweite Teil legt ab 16. Januar 1931 für die Eisenbahnausbesserungswerke, für die Bahnunterhaltung und ähnliche Dienstzweige die achtstündige Arbeitszeit fest. Für die Dienstzweige Betrieb-, Verkehrs- und Bahnhofsdienst wird die Schlichtungskammer Mitte Januar eine Entscheidung treffen, nachdem sie vorher einige Dienststellen beschäftigt hat.

Was bedeutet dieser Schiedspruch? Mit Zustimmung der Gewerkschaftsbürokratie wird seit dreiviertel Jahren in den Werkstätten und in der Bahnunterhaltung verkürzt gearbeitet, was einen großen Lohnverlust für die Eisenbahner bedeutet. Wenn jetzt der Schiedspruch die verkürzte Arbeitszeit ohne Lohnausgleich festlegt, so bedeutet dies die dauernde Festlegung des Lohnraubes.

Die Gewerkschaftsbürokratie hat auch gar keinen Lohnausgleich gefordert. Der „Deutsche“, das Organ der christlichen Gewerkschaften, hat das in seiner Nr. 293 klar ausgesprochen, indem er schrieb:

„Die Organisationen haben sich bemüht, der außerordentlich schwierigen Gesamtlage Deutschlands Rechnung zu tragen, Schwierigkeiten zu vermeiden und eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich überall dort vorzunehmen, wo sie ohne Schwierigkeit im Eisenbahnbetrieb durchführbar war.“

Also, sie haben sich bemüht, eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich vorzunehmen, wo es möglich ist. Und das ist in den Reichsbahnausbesserungswerken und der Bahnunterhaltung. Die Kollegen büßen den Lohn ein und müssen in kürzerer Zeit dasselbe Arbeitspensum leisten. Und hier werden gerade in diesen Zweigen umfangreiche Entlassungen vorgenommen. Wenn die Gewerkschaftsbürokratie sich bemüht hat, die Arbeitszeit nur dort zu kürzen, wo es ohne Schwierigkeiten durchführbar ist, so spricht sie offen aus, daß sie überall dort, wo die Verkürzung der Arbeitszeit mit der Vermehrung des Personals verbunden ist, also im Betrieb- und Verkehrsdienst, die Arbeitszeit nicht kürzen können. Sie dokumentiert also offen, daß sie für die Dienstbauervorschriften eintritt.

## Die Ruhrbergarbeiter rüsten zum Streit

Nachdem die Fehdenbarone im Ruhrbergbau mit ihrer Forderung auf 12 Prozent Lohnabbau herausgekommen sind, beschleunigen die Ruhrbergarbeiter die Rüstung zum Streit. Immer neue vorbereitende Kampfausschüsse werden gewählt. Der zentrale vorbereitende Kampfausschuß der KPD. gibt

#### Einweg mit dem Demonstrationsverbot in Breslau

Breslau, 16. Dezember. Die kommunistische Fraktion des Preussischen Landtages hat folgenden Antrag im Landtag eingebracht: Trotz der offensichtlichen militärischen Rüstungen und Bewaffnung der Faschisten und trotz des sich täglich steigenden faschistischen Terrors gegen die Arbeiterklasse hat der Polizeipräsident von Breslau am Grund des § 10 II 17 des Allgemeinen Landrechts in Verbindung mit Artikel 123 Abs. 2 der Reichsverfassung alle Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel für das Gebiet des Ortspolizeibezirks Breslau bis auf weiteres mit Wirkung vom 8. Dezember d. J. verboten, um der Arbeiterklasse den offensiven Abwehrkampf gegen den Faschismus zu erschweren.

Wir beantragen daher, der Landtag wolle beschließen: Das vom Polizeipräsidenten in Breslau mit Wirkung ab 8. Dezember d. J. verhängte Versammlungs- und Demonstrationsverbot unter freiem Himmel wird sofort aufgehoben.

Schon seit einer Woche täglich ein Mitteilungsblatt heraus, das dem „Ruhr-Echo“ beigelegt ist und den Titel „Schächte freierfertig“ trägt. In Nr. 6 dieses Mitteilungsblattes wird ausgerechnet, daß die Lohnabbau-Forderung der Grubenkapitalisten nicht weniger als 1 1/2 Monatslöhne beträgt. Einem Volkshauer mit 9,80 Mark Tariflohn pro Schicht würden täglich 1,18 Mark, monatlich 29,40 Mark, jährlich 352,80 Mark abgezogen werden. Für einen geringer entlohnten Fehdenarbeiter, der jetzt täglich die erbärmliche Summe von 7,60 Mark verdient, bedeutet der geforderte Lohnabbau pro Schicht 0,91 Mark, monatlich 22,80 Mark und jährlich 273,60 Mark.

Die Kampfschlossenheit der Bergarbeiter zeigt dafür, daß sie keinen Lohnabbau kampflös hinnehmen werden. Auch die Arbeiterlosen sind in Bewegung gekommen und helfen mit bei der Vorbereitung des Streiks. Arbeiterlosengruppen vor die Schächte anlagern und versichern den Betriebs tätigen ihre volle Solidarität. Auch die Bildung von Solidaritätsausschüssen ist in vollem Gange. Das Ziel ist, für jeden Schacht einen Solidaritätsausschuß aus den übrigen Betrieben und aus den Wohnquartieren zu bilden, unter aktiver Teilnahme der Arbeiterfrauen.

In jeder Weise müssen die kämpfenden Ruhrbergarbeiter unterstützt werden, insbesondere müssen die Verkehrsarbeiter aller Transportgewerbe Solidarität üben und den Transport der Kohle unterbinden. Der Kampf der Ruhrbergarbeiter gegen Lohnraub ist der Kampf aller Arbeiter! Die beste Unterstützung ist aber, wenn alle Arbeiter, die jetzt vom Lohnraub bedroht sind, selbst unter Führung der KPD. den Kampf aufnehmen, um so durch den wuchtigen Kampfstreit die Lohnräuber zurückzuschlagen.

# Ihre Weihnachts-Einkäufe bei Herz & Ehrlich K.-G., Breslau 1, Ring 25 (gegenüber Schweltditzer I)

Verlangen Sie kostenlose Zusendung unserer Weihnachtsliste



## Rieser-Serien-Verkauf

mit den unglaublich niedrigen Preisen:

- Serie I . . . Mk. 1.75
- Serie II . . . Mk. 2.75
- Serie III . . . Mk. 3.75

**Hut-Schwarz**  
Die zeitgemäße Einkaufsstelle für Damenhüte  
Schmiedebrücke 17/18

# Weihnachtsangebote



- Crêpe de chine . . . 1.90  
Reine Seide, doppelt breit
- Veloutine . . . 2.50  
Wolle mit Seide, ca. 100 cm breit
- Marocain . . . 4.50  
Reine Seide, ca. 100 cm breit
- Flamenga u. Wahl . . . 3.90  
Wolle mit K'Seide, ca. 100 cm breit
- Japon-Foulard . . . 1.50  
Reine Seide, bedruckt, ca. 95 cm br.
- Marocco . . . 1.90  
K'Seide, bedruckt, ca. 100 cm breit
- Crêpe Cald . . . 1.20  
Reine Wolle
- Woll-Veloutine . . . 1.75  
Reine Wolle
- Woll-Crêpe de chine . . . 1.85  
Reine Wolle, doppelt breit
- Crêpe Cald . . . 2.35  
Reine Wolle, ca. 130 cm breit
- Tweed u. Flamenga . . . 75 Pf.  
das moderne Gewebe f. Kleider von
- Wasch-Samt . . . 1.25  
bedruckt, neue Muster
- Woll-Musselline . . . 85 Pf.  
Reine Wolle, ca. 80 cm breit
- Tweed-Mantelstoffe . . . 1.90  
140 cm breit
- Herrenstoffe . . . 7.90  
Reines Kammgarn, 145 cm breit

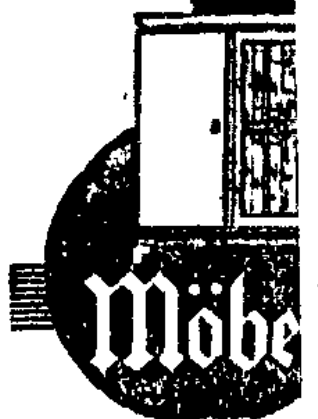
## Goldstein & Rettig Breslau

INHABER: RICHARD POHL / MAX MENZEL  
gegenüber der Magdalenenkirche

Muster-Versand nach auswärts bereitwilligst!  
MITGLIED DER KUNDEN-KREDIT G. M. B. H.  
**Versand-Abteilung**  
Postsendungen von 20.-Mk. an portofrei!

## Bräuers Fe

Breslau, Gahitz  
Sonntag: Gro  
Mittwoch: Deli



Kompl. Zimm  
Wochenrate ab  
Speise-, Schlaf-  
und Herrenz  
Einzelmöbel

Ohne Anzahl  
für alte Kunden u. Pes  
**Lorenz Hü**  
Nur Reuschestra  
1. b 5 Str. Ger. 1

## Brennholz best

1 Ztr. kleingespalten, frei K  
1 Ztr. grobgesp., (Kessel-  
Hartholz) frei Keller  
1 Gebund ca. 38 bis 40 cm Du  
messer, frei Keller)  
Bei Abholung in der An  
Lieferung erfolgt vo  
Händler haben ermäl  
Städtische Holzspalteans  
Niedergasse 10 Fe

## Expres-Schnellbes

Herren-Sohlen und Abs.  
Damen-Sohlen und Abs.  
Kinder-Sohlen u. Absatz-  
Färben in jeder Au  
Hauptgesch. Gold. R.  
Pillaien Löschstraße 13,  
Sadowastraße

## Sprech-

apparate  
mit u. ohne Platten  
auch auf Teilzahl.  
Flurstr. 6 1/2

Milch, Freimilch, Wob.  
Butter, Eier, Käse, f  
sowie Kolonialwaren  
E. Syska, Breslau, A

## Brauerei und Ausschank Zum großen Meers

Inhaber Erich Vogel, Reuschestra. 28 (1 Min. v.  
Ausschank nur selbstgebrauter  
Anerkannt gute Küche - Mittagstisch von

## Breslauer Elektriker-Genossensch

Reussenohle 38, Neuweltgasse  
Nähe des „Vorwärts“-Kaufha  
**Elektrische Licht-, Kr  
Schwachstrom-An**  
Telephon, Signal- u

Beleuchtungskörper  
Kochapparate, Radi  
sämtliche Fabri

# Alles was Sie zum Weihnachtsfest

gebrauchen  
finden Sie

# gut und billig

im

# großen Kaufhaus

mit den

# kleinen Preisen!



## Genossen!

Beachtet beim Einkauf unsere Inserenten!

## Bereitschneiden- u. Arbeitshosen



III & LOUÏSE A. SWANI

Neuer, weicher, Beuch-Kleidung  
**Oskar Dehmel**  
Breslau Neumarkt 45

## Volksfürsorge

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche  
Versicherungskassen-Vereinigung  
Hamburg 5



## Größte Volksversicherungsgesellschaft Deutschlands

Gegenwärtig rd. 2,1 Mill. versicherte  
mit 870 Millionen RM. Versicherungssumme,  
115 Millionen RM. Vermögen,  
davon Eigentum der Versicherten:  
über 80 Millionen RM. Prämienreserve  
über 20 Millionen RM. Gewinnanteile  
zusammen über 100 Millionen RM.

Versicherungsleistungen 11 Millionen Reichsmark  
seit November 1923 (Ende der Inflation)

Nähere Auskunft erteilt die Rechnungskasse:  
Breslau, Margaretenstr. 171, B. 112, und der Vorstand der Volksfürsorge,  
Hamburg 5, An der Mitter 57/61

## Ein neuer Beruf!

Die moderne Kunstfärberei  
mit der **Femina-Stielmaschine**

Unabhängige Arbeit, Putzwerk, Geruchlos,  
Spezialität bringt hohen Gewinn. Leicht er-  
lernbar. Günstige Bedingungen. Prospekt gratis  
und franko.

Erntetagen- und Strumpfabbrit  
Neher & Fohlen, Saarbrücken 3

# Gaststätten Gebrüder Wolff in allen Stadttei

# Arbeiter-Zeitung

Dienstag, 16. Dezember 1930  
12. Jahrgang, Nummer 293

erschienen täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 48 Pf., + 12 Pf. Botenlohn = 60 Pf., monatlich 2,10 Mk. + 50 Pf. Botenlohn = 2,60 Mk., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 Mk., unter Einverständnis 3 Mk. Einzelpreis: Die gebundene Wochenschrift über deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsbelegungen 8 Pf., Kellnerpreis: Die dreifarbige Wochenschrift über deren Raum im Wert 70 Pf. — Schluss der Inseratenannahme in der Hauptredaktion um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

**für Schlesien und Oberschlesien**  
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale  
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Kreuzer Straße 50. Telefon 439 02. Redaktion: Breslau 10, Kreuzer Straße 50. Telefon 439 02. Geschäftsstelle der Redaktion von 12-18 Uhr, Montags bis Freitag von 17-18 Uhr. Filialredaktionen: Berlin, Rumb. 6, Telefon 23 64. Geschäftsstelle von 8-10 Uhr. Geschäftsstand: Hauptverlag Breslau, Verlag: Schließel Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau. — Druck: „Reubag“, Filiale Breslau, Kreuzer Straße 50.

## Gewerkschaftsbürokratie für Lohnraub

Der Lohnraubschiedspruch für die niederschlesische Metallindustrie von Unternehmertum und Gewerkschaftsbürokratie angenommen — Tarife für 1,5 Million Arbeiter und Angestellte gekündigt

### Unter Führung der KPD. auf zur Gegenoffensive!

Breslau, 16. Dezember. Der am 9. Dezember für die niederschlesische Metallindustrie gefällte Schiedspruch ist von dem Arbeitgeberverband und auch von der Gewerkschaftsbürokratie angenommen worden. — Der angenommene Schiedspruch hat bekanntlich folgenden Inhalt:

„Am 15. Dezember werden die Lohnsätze für gelernte und angelernte Arbeiter um 6 Prozent, für ungelernete um 5 Prozent und für Frauen um 4 Prozent gekürzt. Die Affordabss wird um 6 Prozent gekürzt. Die Laufzeit des Lohntarifs ist bis zum 30. Juni 1931 befristet.“

#### Lohnabbau auch in der Breslauer Metallindustrie

Breslau, 16. Dezember. Nachdem bekannt wurde, daß der Lohnraubschiedspruch für die niederschlesische Metallindustrie sowohl vom Unternehmerverband wie auch von den Gewerkschaftsbürokraten angenommen wurde, ist zu befürchten, daß ein ähnliches schändliches Abkommen auch für die Breslauer Metallindustrie angelehrt wird. Bekanntlich wurde der für die Breslauer Metallindustrie gefällte Schiedspruch von den Funktionären des DMB. und auch der Kirche abgelehnt. Daraufhin machte der Reichsarbeitsminister den Parteien den Vorschlag, sich freiwillig (1) auf einen Lohnabbau von 7,5 Prozent im Afford und 5 Prozent im Stundenlohn zu einigen. Dieser Vorschlag wurde von den Funktionären des DMB. mit Recht als provokatorisch bezeichnet und einstimmig abgelehnt. Unter dem Einfluß des „linken“ Ziegler unterließen jedoch die Funktionäre, irgendwelche Kampfmaßnahmen zu beschließen.

#### 25 Prozent Lohnabbau für die hannoverschen Metallarbeiter

Für die hannoversche Metallindustrie hat der Schlichter einen Schiedspruch gefällt, nachdem der tarifliche Stundenlohn um 25 Prozent herabgesetzt wird. Die schlimmste Bestimmung ist aber die, daß die Affordlöhne nur noch 20 Prozent über dem neuen Stundenlohn liegen sollen. Bei den Verhältnissen in der hannoverschen Metallindustrie bedeutet dies eine Senkung der Affordlöhne um 20 bis 40 Prozent. Selbst der Berliner „Vorwärts“ muß zugeben, daß der Spruch eine Lohnkürzung von mindestens 25 Prozent vorsteht. — Die DMB.-Bürokratie wird, wenn dieser schändliche Schiedspruch für verbindlich erklärt wird, die Metallarbeiter wieder in die Betriebe treiben wollen.

#### Lohnabbau überall

Für die Remscheider Metallindustrie wurde ein Schiedspruch gefällt, der 7 Prozent Lohnabbau vorsteht. Für die Hamburger Eisenindustrie fällt der Schlichter einen Spruch mit 6 Prozent Lohnraub. Die Verhandlungen zwischen den Unternehmern und dem DMB. in Württemberg sind gescheitert. Die Unternehmer fordern 15 Prozent Lohnabbau.

#### Düsseldorfer Buchdruckerstreik geht weiter

Der Streik der 300 Mann starken Belegschaft der Düsseldorfer Buchdruckerei und Verlags-AG. Bagel geht weiter. Die Firma hat sich noch eine weitere Provokation geleistet. Am jüngsten Lohnstage verweigerte sie die Auszahlung der noch fälligen Reklamlöhne. Außerdem ist die Firma damit herangekommen, daß sie alle Löhne abbauen will. Die Belegschaft ist entschlossen, bis zum Sieg weiterzukämpfen. Der Betrieb steht vollständig still. Zugang ist ferngehalten. Neut Solidarität!

Die Annahme des Lohnraubschiedspruches für die niederschlesische Metallindustrie ist ein Alarmzeichen, und zwar nicht nur für die Metallarbeiter. Die Gewerkschaftsbürokraten aller Richtungen haben mit ihrer offenen Zustimmung zu dem sechsprozentigen Lohnabbau zum Ausdruck gebracht, daß sie im Grunde genommen ebenso wie Herr Klöckner und Brüning

den einzigen Ausweg aus der furchtbaren Wirtschaftskrise in der „Kapitalbildung“ sehen. Um die Kapitalbildung zu beschleunigen, müssen sie logischerweise für die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen eintreten.

Nach Angaben des DMB.-Vorstandes selbst waren am 9. Dezember 213 Tarife für etwa 1,5 Millionen Arbeiter gekündigt. Bei all diesen Kündigungen handelt es sich um einen Vorstoß der Unternehmer mit dem Ziele des Lohnabbaues. Dasselbe Ziel haben die Unternehmer in den Breslauer Kaufmännischen Betrieben, wo von rund 22 000 Angestellten ein Gehaltsabbau von 10 Prozent und mehr gefordert wird, im nieder- und ober-schlesischen Bergbau, in der schlesischen und ober-schlesischen Landwirtschaft, im Buchdruckgewerbe. Wehrt wir auch gegen, überall bauen die Unternehmer die Löhne und Gehälter ab und finden dabei die offene oder versteckte Hilfe der Gewerkschaftsbürokraten.

Aus der Wirtschaftskrise wird uns nicht die Kapitalbildung nach dem Rezept von Klöckner und Brüning herausführen, sondern der Kampf der Arbeiter und Angestellten für Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen und darüber hinaus für Vergesell-

schaffung der Großbetriebe und Einführung einer Planwirtschaft, und nicht, wie die jetzige Wirtschaft, nur im Interesse der weiteren Bereicherung der Reichen geleitet wird.

Die Steuern und Abgaben werden erhöht, die Leistungen der Krankenkasse und Arbeitslosenversicherung abgebaut. Hand in Hand damit geht der Lohn- und Gehaltsabbau. Der Lebensstandard der deutschen werktätigen Bevölkerung soll auf ein in der Geschichte nie gekanntes niedriges Niveau herabgedrückt werden.

Arbeiter, Angestellte, wehrt euch! Sprengt die Schlichtungsstellen! Durchkreuzt denerrat der Gewerkschaftsbürokratie! Schließt in den Betrieben die kämpfende Einheitsfront unter Führung der KPD! Treibt zu Betriebsversammlungen zusammen! Beschließt, keinen Pfennig Lohnabbau zu dulden! Wählt Kampfausschüsse! Organisiert die Ausplünderungsopfer der deutschen Kapitalisten mit der Gegenoffensive der Ausgebeuteten! Organisiert den Streik gegen jeden Pfennig Lohn- und Gehaltsabbau! Alle Häder stehen still, wenn dein harter Arm es will!

## Eisenbahner vom Schlichter verschachert

Die von der Gewerkschaftsbürokratie angerufene Schlichterkammer hat jetzt in bezug auf die Arbeitszeit der Eisenbahner einen aus zwei Teilen bestehenden Schiedspruch gefällt. Der erste Teil setzt die bisherigen Arbeitszeitbestimmungen bis zum 15. Januar 1931 wieder in Kraft. Der zweite Teil legt ab 16. Januar 1931 für die Eisenbahnausbesserungswerke, für die Bahnunterhaltung und ähnliche Dienstzweige die achtstündige Arbeitszeit fest. Für die Dienstzweige Betrieb, Verkehrs- und Bahnhofsdienst wird die Schlichtungskammer Mitte Januar eine Entscheidung treffen, nachdem sie vorher einige Dienststellen beschäftigt hat.

Was bedeutet dieser Schiedspruch? Mit Zustimmung der Gewerkschaftsbürokratie wird seit dreiviertel Jahren in den Werkstätten und in der Bahnunterhaltung verkürzt gearbeitet, was einen großen Lohnverlust für die Eisenbahner bedeutet. Wenn jetzt der Schiedspruch die verkürzte Arbeitszeit ohne Lohnausgleich festlegt, so bedeutet dies die dauernde Festlegung des Lohnraubes.

Die Gewerkschaftsbürokratie hat auch gar keinen Lohnausgleich gefordert. Der „Deutsche“, das Organ der christlichen Gewerkschaften, hat das in seiner Nr. 293 klar ausgesprochen, indem er schrieb:

„Die Organisationen haben sich bemüht, der außerordentlich schwierigen Gesamtlage Deutschlands Rechnung zu tragen, Schwierigkeiten zu vermeiden und eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich überall dort vorzunehmen, wo sie ohne Schwierigkeit im Eisenbahnbetrieb durchführbar war.“

Also, sie haben sich bemüht, eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich vorzunehmen, wo es möglich ist. Und das ist in den Reichsbahnausbesserungswerken und der Bahnunterhaltung. Die Kollegen hüben den Lohn ein und müssen in kürzerer Zeit dasselbe Arbeitspensum leisten. Und hier werden gerade in diesen Zweigen umfangreiche Entlassungen vorgenommen. Wenn die Gewerkschaftsbürokratie sich bemüht hat, die Arbeitszeit nur dort zu kürzen, wo es ohne Schwierigkeiten durchführbar ist, so spricht sie offen aus, daß sie überall dort, wo die Verkürzung der Arbeitszeit mit der Vermehrung des Personals verbunden ist, also im Betriebs- und Verkehrsdienst, die Arbeitszeit nicht kürzen könne. Sie dokumentiert also offen, daß sie für die Dienstbauervorschriften eintritt.

## Die Ruhrbergarbeiter rüsten zum Streit

Nachdem die Bechenbarone im Ruhrbergbau mit ihrer Forderung auf 12 Prozent Lohnabbau herausgekommen sind, beschleunigen die Ruhrbergarbeiter die Rüstung zum Streit. Immer neue vorbereitende Kampfausschüsse werden gewählt. Der zentrale vorbereitende Kampfausschuß der KPD. gibt

schon seit einer Woche täglich ein Mitteilungsblatt heraus, das dem „Ruhr-Echo“ beigelegt ist und den Titel „Schächte freier!“ trägt. In Nr. 6 dieses Mitteilungsblattes wird ausgerechnet, daß die Lohnabbau-Forderung der Grubenkapitalisten nicht weniger als 1/4 Monatslöhne beträgt. Einem Volkshauer mit 8,80 Mark Tariflohn pro Schicht würden täglich 1,18 Mark, monatlich 29,40 Mark, jährlich 352,80 Mark abgezogen werden. Für einen geringer entlohnten Bechenarbeiter, der jetzt täglich die erbärmliche Summe von 7,60 Mark verdient, bedeutet der geforderte Lohnabbau pro Schicht 0,91 Mark, monatlich 22,80 Mark und jährlich 273,60 Mark.

Die Kampfbereitschaft der Bergarbeiter zeugt dafür, daß sie keinen Lohnabbau kampflös hinnehmen werden. Auch die Arbeiterlosen sind in Bewegung gekommen und helfen mit bei der Vorbereitung des Streiks. Arbeitslose ziehen vor die Schächteanlagen und versichern den Betriebsstätigen ihre volle Solidarität. Auch die Bildung von Solidaritätsausschüssen ist in vollem Gange. Das Ziel ist, für jeden Schacht einen Solidaritätsausschuß aus den übrigen Betrieben und aus den Wohnquartieren zu bilden, unter aktiver Teilnahme der Arbeiterfrauen.

In jeder Weise müssen die kämpfenden Ruhrbergarbeiter unterstützt werden, insbesondere müssen die Verkehrsarbeiter aller Transportgewerbe Solidarität üben und den Transport der Kohle unterbinden. Der Kampf der Ruhrbergarbeiter gegen Lohnraub ist der Kampf aller Arbeiter! Die beste Unterstützung ist aber, wenn alle Arbeiter, die jetzt vom Lohnraub bedroht sind, selbst unter Führung der KPD. den Kampf aufnehmen, um so durch den wuchtigen Massenstreik die Lohnräuber zurückzuschlagen.

#### Sinweg mit dem Demonstrationsverbot in Breslau

Berlin, 16. Dezember. Die kommunistische Fraktion des Preussischen Landtages hat folgenden Antrag an Landtag eingebracht: Trotz der offenkundigen militärischen Rüstungen und Bewaffnung der Faschisten und trotz des sich täglich steigenden faschistischen Terrors gegen die Arbeiterklasse hat der Polizeipräsident von Breslau auf Grund des § 10 II 17 des Allgemeinen Landrechts in Verbindung mit Artikel 123 Abs. 2 der Reichsverfassung alle Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel für das Gebiet des Ortspolizeibereichs Breslau bis auf weiteres mit Wirkung vom 8. Dezember d. J. verboten, um der Arbeiterschaft den offensiven Abwehrkampf gegen den Faschismus zu erschweren. Wir beantragen daher, der Landtag wolle beschließen: Das vom Polizeipräsidenten in Breslau mit Wirkung ab 8. Dezember d. J. verkündete Versammlungs- und Demonstrationsverbot unter freiem Himmel wird sofort aufgehoben.

# Karl Peters im Zuchthaus schwer erkrankt!

## Soll Karl Peters wie Robitsch-Meyer im Zuchthaus gemordet werden? — Heraus mit unseren 1300 Gefangenen

Berlin, 16. Dezember,

Gestern hat dem Zentralvorstand der Roten Hilfe Deutschlands die gesamte Arbeiterschaft alarmierende Nachrichten über eine schwere Erkrankung des zu Lebenden im Zuchthaus verurteilten und immer noch nicht amnestierten Genossen Karl Peters zugegangen. Auf die sofort eingeleitete telephonische Verbindung mit der Zuchthausdirektion Brandenburg wurde zuerst jede Auskunft verweigert und erst nach energischem Einspruch von einem zweiten Beamten zugegeben, daß Karl Peters ins Gefängnislazarett überführt worden sei.

In einem Brief des Genossen Nachtlagall, den dieser unter Zensur der Zuchthausdirektion an den Genossen Steinsurth gerichtet hat, heißt es u. a.:

„Seit Montag dieser Woche liegt der Genosse Karl Peters (sofa seit einer Woche! D. Red.) im Bett, nimmt keine Nahrung zu sich, spricht nicht mehr, geht nicht mehr zur Toilette. Ich habe versucht herauszubekommen, was ihm fehlt, auch mir antwortet er nicht.“

Dieser apathische Zustand macht mich unruhig... Gerade weil ich es von Karl Peters gar nicht kenne, daß seine Nerven mit ihm durchgehen, bin ich überrascht von der Plötzlichkeit und der Schwere der Krise.

Die Infektion stellt es mir anheim, in die Zelle Karls zu gehen; ich werde versuchen, auf ihn einzuwirken — ich fürchte jedoch, es wird wenig Zweck haben.“

Zwischen hat die Krankheit des Genossen Peters so große

Fortschritte gemacht, daß die Angaben dieses Briefes, die alle Arbeiter alarmieren sollten, bereits überholt sind. Er mußte ins Lazarett gebracht werden.

Der Gefängnisarzt hatte zuerst die Ueberführung ins Lazarett abgelehnt. So wurde auch Genosse Robitsch-Meyer erst ärztlich behandelt als bereits höchste Lebensgefahr bestand. Nachdrücklich fordert die Rote Hilfe im Namen ihrer annähernd 200 000 Einzel- und Kollektivmitglieder, daß Genosse Karl Peters sofort auf freien Fuß gesetzt oder zumindest auf Kosten der Roten Hilfe Deutschlands in ein Privatlaboratorium gebracht wird. Die verantwortlichen Justizbehörden der sozialdemokratischen Preußenregierung, die die Gemeinderäte sämtlich freilassen, laden eine neue furchtbare Schuld auf sich. Oder soll Karl Peters genau so wie der unglückliche Genosse Ernst Petersen erst amnestiert werden, wenn er bereits bis zum Tode getrieben ist?

Noch heute begibt sich eine Delegation der Roten Hilfe nach dem Zuchthaus Brandenburg, um sich über den Zustand des Genossen Peters zu informieren.

Am Freitagabend wird das Berliner Proletariat in einer gewaltigen Massenkundgebung, in der Andreassälen, in der die Frau des Genossen Peters und sein fünfjähriger Sohn sprechen werden, für die sofortige Freilassung des erkrankten Genossen seine Stimme erheben.

Er darf nicht wie Robitsch-Meyer vom Straßensockel ermordet werden! Mit verzehnfachter Solidartät für die Winterhilfsaktion der Roten Hilfe, für alle unsere 1300 Gefangenen. Mit verzehnfachtem Kampf gegen die Justizreaktion!

# Rote Sportkonferenz unter Polizeiaufsicht

## Sportveranstaltungen werden verboten

Mannheim, 15. Dezember. (Eig. Bercht.) Die bayerische Polizei Kallerslautern leistete sich, zweifellos auf Anweisung der faschistischen Brünnings-Regierung, eine ungeheure Provokation gegen die Arbeitersportbewegung. Als die Delegierten der 2. Landeskonferenz Baden-Pfalz-Saargebiet der roten Sportler in Kallerslautern eintrafen, fanden sie ein Verbot der Kallerslautener Polizeidirektion, datiert vom gleichen Tage, an dem der Kongress stattfinden sollte, für die öffentliche Kundgebung am Sonntag, dem 14. Dezember 1930, vor. In der Begründung dieses Verbots heißt es:

„Nach wiederholten mündlichen Angaben des Führers der Ortsgruppe Kallerslautern, sowie nach dem Verbotsschreiben in der „Arbeiterzeitung“ vom 10. Dezember 1930, sollte für die am Sonntag, dem 14. Dezember 1930, nachmittags 3 Uhr geplante rote Sport-Veranstaltung in Kallerslautern lediglich sportlichen Zwecken dienen. Nach den ausgegebenen Plakaten treten bei dieser Veranstaltung „Rote Planeten“ auf. Nach den eingezogenen Verbindungen (?) handelt es sich hierbei um eine Agitations-Propaganda-Gruppe (Agitprop), die der Verbreitung der kommunistischen Ziele dient.“

Nicht genug damit, sandte der Polizeirat von Hause zwei Kriminalbeamte, die bei der Eröffnung der Landeskonferenz auf die Galerie geschritten kamen und sich dort breit machten, um die Konferenz zu überwachen. Die roten Sportler weigerten sich selbstverständlich, unter Polizeiaufsicht die geschlossene Delegiertenkonferenz abzuhalten und forderten kategorisch Zurückziehung der Polizei. Nur auf wiederholtes Drängen mußte der Polizeirat von Hause den vollkommen willkürlichen Akt rückgängig machen und die Kriminalbeamten zurückziehen. Die Konferenz nahm dann ihre Verhandlungen auf und faßte wichtige Kampfbeschlüsse.

# Die faschistische österreichische Bourgeoisie liefert Arbeitslose dem Hungertod aus

Wien, 15. Dezember. Die Unternehmervertreter in der industriellen Bezirkskommission haben einen unflätigen Vorstoß gegen die Notstandsanhilfe für die Arbeitslosen eingeleitet. In ihren Anträgen fordern sie eine Kürzung der Notstandsunterstützung um 10 Prozent für Arbeitslose im Alter bis zu 25 Jahren sowie für Familienverhalte, in deren Familien der andere Gattenteil ebenfalls die Arbeitslosenunterstützung bezieht oder arbeitet.

Weiter fordern sie die Kürzung der Notstandsunterstützung für die Arbeitslosen, die sie schon länger als ein Jahr beziehen, derart, daß sie durch kuxenweise Kürzungen bis auf 65 Prozent des gegenwärtigen Ausmaßes herabgesetzt wird. Außerdem sollen Arbeitslose, die noch kein Versicherungsdienstverhältnis von mindestens drei Jahren nachweisen können, vom Bezug der Notstandsanhilfe ausgeschlossen sein. Diese Verkürzungen der Notstandsunterstützung würden in Wien allein über 10 000 Arbeitslose treffen.

Das Zentrale Arbeitslosenkomitee, das unter Führung des NSD steht, ruft die Arbeitslosen zu Protestversammlungen gegen diesen Vorstoß der Unternehmer auf.

# Schrei der Schwerindustrie nach Nazi-Ministern

## Wieder eine nazifreundliche Rede Dingeldens — Die Presse der Industriellen und Börsenschieber verlangt Nazis als Minister

Wuppertal, 15. Dezember. Der neue Parteiführer der Deutschen Volkspartei, Dingeldens, ist auf seiner Propagandareise für die Einbeziehung der Nationalsozialisten in das Brüning-Kabinett gestern nach Wuppertal gekommen, wo er in einer Veranstaltung der Deutschen Volkspartei sprach.

Dingeldens erklärte, derzeit müsse Deutschland wieder bekommen: Macht, eine gesunde Wirtschaft und eine auf das nationale Empfinden aufgebaute Einheit.

Die Forderung nach Macht bedeutet auf deutsch die Forderung nach Rückungsfreiheit, nach der Möglichkeit, uneingeschränkte imperialistische Raubpolitik zu betreiben. Dingeldens erklärte, die dazu notwendige Revision der Friedensverträge und des Young-Plans sei erst möglich, wenn in Deutschland Ordnung geschaffen sei.

Zur Schwundung der Wirtschaft gäbe es keinen anderen Ausweg aus der augenblicklichen Schwierigkeit als eine Senkung der Selbstkosten. Das heißt also, Fortführung der Politik des Lohraubs. Hand in Hand müsse damit eine Senkung der öffentlichen Ausgaben, also weiterer Unterdrückungsraub an den Vermögern der Armen gehen. Die Deutsche Volkspartei habe die Regierung Brüning deshalb unterstützt, weil sie die Aufgabe übernommen habe, das Einbringen des sozialistischen Einflusses in die deutsche Wirtschaft und Staatsverwaltung energisch zu bekämpfen und die bereits fühlbar gewordenen Formen dieser sozialistischen Tendenzen zu beseitigen.

Zur Frage der Nationalsozialisten wiederholte Dingeldens seine Forderung, daß die nationalsozialistische Bewegung in die große nationale Bewegung eingeordnet werden müsse.

Die ganze Presse der Schwerindustriellen, der Börsenspekulanten und Bankiers bringt am Sonntag Leitartikel, in denen überall in gleicher Weise die Einbeziehung der Nationalsozialisten in die Brüning-Diktatur gefordert wird.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht einen langen Artikel „Führer“ in dem sie zuerst Brüning lobt und von ihm sagt, daß er „ein Mittelglied zwischen Kardinal und preußischem Offizier“ sei. Es entspricht ganz der faschistischen Herrschaftsform, zu deren Anfangsstadien die deutsche Bourgeoisie jetzt übergegangen ist, daß der Führer der faschistischen Diktatur zu einer Heldengestalt umgemodelt wird. Sie wird in der „DAZ“ über Brüning geschrieben: „Seine Haupteigenschaft ist bewundernswürdige Zähigkeit und außerordentliches Geschick in der Einzelberatung, taktische Gewandtheit und unermüdlicher Fleiß.“ Es wird erwähnt, daß Brüning das E. R. I. trägt, daß er im Kriege Führer einer Maschinengewehr-Scharführerabteilung gewesen ist. Aber zum Schluß wird gesagt, das letzte Urteil über Brüning werde von „seiner Behandlung der Nationalsozialistischen Partei“ abhängen.

Dann bringt die „DAZ“ einen Lobgesang auf Hitler. Dabei wird festgestellt: „Seit dem 14. September sind Hitlers Reden eben so wenig radikal wie seine außenpolitischen Erklärungen an die fremde Presse.“ Vom Nationalsozialismus sagt die „DAZ“, er müsse „analysiert und in das richtige Licht gestellt werden“.

Die Schlussfolgerung, die dieses schwerindustrielle Blatt aus der Betrachtung Hitlers und Brünings zieht, lautet: „Die Frage, wie sich in den kommenden Wochen das Verhältnis zwischen Brüning und Hitler gestalten wird, ist für die nächste Zukunft für die deutsche Politik entscheidend.“

Der „Berliner Börsencourier“ fordert nationalsozialistische Minister, indem er schreibt: „Der Reichslangler... wird... nur dann sein schweres Wort vollbringen können, wenn er alle im deutschen Volk lebendigen Kräfte in seine Rechnung zieht.“

In der „Deutschen Bergwerkszeitung“ wird das gleiche Verlangen mit der Forderung auf Umwidmung der Preußenregierung verknüpft. Da heißt es: „Hier bleibt nur eins zu tun übrig, den Trennungsstriech klar und deutlich zu ziehen. Zwischen der Auffassung der Reichsregierung und der Preußenregierung läßt sich ein Abgrund. Ein Grund mehr, um eine Umwidmung der Regierung auch in Preußen anzustreben.“

an die Reichsregierung die flehentliche Bitte gerichtet, sich „über die in der nationalen Massenbewegung von heute wirksamen ethischen Triebkräfte“ klar zu werden.

Dieser Schrei der Ausbeuter, Bank- und Börsenhäupter nach nationalsozialistischen Ministern zeigt, welchen Politik die Nazis betreiben, zeigt den ungeheuerlichen Verrat der Partei Hitlers an den hungernden Volksmassen, deren Stimmen sie mit sozialistischen Phrasen, mit antikapitalistischen Reden gewonnen haben. Nur um das deutsche Volk an die Young-Plünderer zu verschachern.

# Auf dem richtigen Wege!

# Die Aufgaben des Kampfbundes gegen Faschismus

## Wichtige Konferenz des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg — Bereits 5000 Mitglieder

Berlin, 15. Dezember.

Am Sonntag, dem 14. Dezember, tagte in Berlin die 1. Bezirksverbandskonferenz des Kampfbundes gegen den Faschismus, Berlin-Brandenburg, die von zahlreichen Delegierten und Gastdelegierten besucht war. Im Mittelpunkt der Konferenz stand die Ueberprüfung der bisherigen Arbeit und die Festlegung der Aufgaben und Ziele für die nächste Zeit.

In der einstimmig angenommenen Resolution werden die Aufgaben wie folgt festgelegt:

1. Schutz des Arbeiterlebens und des Eigentums der Arbeiterorganisationen gegen den faschistischen Terror.
2. Schutz der proletarischen Veranstaltungen (Versammlungen, Demonstrationen).
3. Schutz der klassenbewußten Arbeiter, die in den faschistischen Versammlungen auftreten, um die Demagogie der Hitler, Goebbels und Konjorten zu entlarven.
4. Schutz aller freilebenden Werktätigen vor der Streikbruchspraxis der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie und ihren nationalfaschistischen Helfershelfern!
5. Zurückerwerb aller ehrlichen werktätigen Elemente, die der national- und sozialfaschistischen Demagogie zum Opfer gefallen sind, für die rote Einheitsfront!

30 Diskussionsredner sprachen zu der Resolution und betonten die besondere Notwendigkeit der Schaffung von Frauen- und Jugendstaffeln.

Die Delegierten der Betriebsstaffel Uffsein verlangten mit Recht stärkere Konzentrierung auf die Betriebe. Betriebsstaffeln in jedem Betrieb. Das werden unsere „Härteren

Waffen“ sein. Das war die Lehre, die alle Delegierten aus der Konferenz gezogen haben.

Einzelne Provinzdelegierte wiesen bereits auf Erfolge hin, die sie in Zusammenarbeit mit kampfgewillten sozialdemokratischen Arbeitern gehabt haben.

In allen Orten gibt es antifaschistische Aktionsausschüsse zu bilden und die Vorarbeiten sofort aufzunehmen. Die Tatsache, daß neben den 52 Berliner Staffeln bereits 50 Provinzgruppen in wenigen Wochen geschaffen werden konnten, beweist, daß der Arbeit auf dem flachen Lande größte Bedeutung zugemessen wird.

So zählt die Ortsgruppe Guben bereits 183 Mitglieder, wovon bisher nur zwei Mitglieder der NSD. gewesen sind. Alles andere sind Parteiloze.

Die Bezirksverbandskonferenz wählte einstimmig die vorgeschlagene Leitung. Als politischer Leiter für Berlin-Brandenburg wurde der Kamerad Keitersleben gewählt für den bisherigen provisorischen Leiter, Kamerad Fritz Lange, der die Reichsleitung übernehmen wird.

In der Konferenz herrschte ein prächtiger Kampfesgeist. Alle Ortsgruppen und Staffeln weisen eine lebhafteste Aufwärtsbewegung auf.

Am letzten Sonnabend und Sonntag konnten allein 250 Neuaufnahmen registriert werden.

Hunderte Neuaufnahmen stehen noch aus. Die Zahl der Mitglieder im Bezirksverband Berlin-Brandenburg hat die 5000 überstiegen. Es geht vorwärts im Kampfbund gegen den Faschismus.

Seine Kolonnen sind kurbereit!

# NSDAP. für Aufsichtsratsstantien

## Ein Antrag nationalsozialistischer Feigheit — Aufsichtsratssteuer, die keiner zu bezahlen braucht

Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, der die ganze Verlogenheit des nationalen „Sozialismus“ zeigt. Die NSDAP. fordert eine Aufsichtsrats- und Dividendensteuer bis 20 Prozent. Die Aufsichtsratssteuer soll nur von den Aufsichtsratsmitgliedern bezahlt werden, die nicht als Unternehmer anzusehen sind. Mit diesem Passus haben die Nationalsozialisten ihren ganzen Antrag zu einem wertlosen Pappier gemacht. Denn jeder Kapitalist ist in gewisser Hinsicht auch Unternehmer und wird deshalb die Steuern nicht bezahlen. Die idiotische Unterscheidung zwischen „schaffendem“ und „fassendem“ Kapital ist eben nur für die verlogene Agitation zu verwenden. Es war dann von den Nationalsozialisten, sie in einem Antrag zu verarbeiteten, weil sich dabei was Sinnloses der nationalsozialistischen Agitationsphrasen offen-

bart. Daß dieser Antrag nur agitatorischen Zwecken dient, zeigt sich auch darin, daß die Nationalsozialisten ihn eingebracht haben gerade als der Reichstag für lange Zeit nach Hause geschickt wurde. Als es Beschlüsse zu fassen galt, als die kommunischnen Anträge auf eine Dividendensteuer auf 20 Prozent, auf eine Millionärsteuer von 20 Prozent usw. zur Abstimmung kamen, stimmten die Nationalsozialisten dagegen und gaben mit ihren Stimmen den Ausschlag für die Ablehnung des kommunischnen Antrages. Daß sie jetzt nachträglich mit diesem Antrag anrücken, zeigt, wie groß die Rebellion der nationalsozialistischen Anhänger gegen die kapitalistische Politik der NSDAP. ist, die sich bei der Ablehnung des kommunischnen Antrages so deutlich äußerte.

# Kriegszustand über Kanton

## Chinas Bourgeoisie fürchtet den Geist des Kantonner Aufstandes

London, 15. Dezember. Trotz Polizeiterror fanden in vielen Stadtteilen von Shanghai Kundgebungen zum dritten Jahrestage des Aufstandes von Kanton statt. Die Polizei trieb die Demonstranten mit außerordentlicher Härte auseinander und verhaftete viele.

Anlässlich des Jahrestages des Aufstandes wurde über Kanton der Kriegszustand verhängt. In Ehren des Jahrestages des Aufstandes von Kanton fand in Hongkong eine Arbeiterkundgebung statt. Britische Polizei trieb die Demonstranten auseinander und verhaftete 15 Arbeiter.

Anlässlich des Jahrestages des Aufstandes von Kanton verhaftete die Polizei in Peking und Tientsin eine Anzahl der Jugendbrigade zur KP. Chinas verdächtiger Personen. Es wurden Flugblätter der KP. Chinas verbreitet, die die Werktätigen aufforderten, das Werk der Aufständischen von Kanton zu Ende zu führen und seinen neuen Krieg gegen die Sowjetunion zuzulassen.

Über den 1. Sowjetkongress liegen noch keine Meldungen vor.

# Ungarischer Faschismus vertreibt Bauern von ihrer Scholle

## Die Bauern wehren sich

Wien, 15. Dezember. Aus Budapest wird gemeldet: In der Nähe der Stadt Szegedin kam es zu Bauernunruhen. Die Stadt Szegedin verfügt über einen ausgebreiteten Bodenbesitz, der an Bauern verpachtet war. Im September wurden nun alle jene Pächter, die schon längere Zeit den Pachtzins schuldig und auch jetzt nicht imstande waren, diese Schuld zu tilgen, von Grund und Boden vertrieben. Diese vertriebenen Bauern haben nun eigenmächtig die ihnen abgenommenen Pachtgüter wieder in Besitz genommen. Die übrigen Pächter begrüßen dieses Vorgehen und erklärten, die Vertriebenen zu schützen. Von der Stadt Szegedin ist gegen diese Pächter eine Strafanzuzeige erstattet worden. Bei den Bauern der Umgebung wird dieses Vorgehen der vertriebenen Pächter sehr begrüßt.

# Streiks in staatlichem Betrieb in Polen

# Arbeiter, wollt ihr ein solches faschistisches Lohnsystem?

Warschau, 15. Dezember. Telegramme aus Lodz bestätigen unsere Mitteilungen über den ersten großen Streik während der verstärkten Offensive der Kapitalisten gegen den Arbeitslohn. In Lodz traten 3000 Textilarbeiter in der staatlichen Widzew-Manufaktur in den Streik. Die Polizei wurde zwecks „Sicherung der öffentlichen Ordnung“ mobilisiert.

Der Hintergrund dieses Streiks ist außerordentlich charakteristisch: Die staatliche Widzew-Manufaktur schlug in der letzten Zeit vor, bei der Lohnauszahlung ein Lohnsystem einzuführen, wodurch die Unternehmer den infolge mangelnder Nachfrage entstandenen Uberschuß des Warenlagers los werden wollten. Die Fabrik stellte der Belegschaft folgendes Ultimatum: Die Fabrik werde wöchentlich sechs Tage arbeiten, falls die Belegschaft einwillige,

nur 35 Prozent des Lohnes in Bargeld und die Restsumme in Waren zu erhalten; wenn jedoch die Arbeiter schätzten 65 Prozent in Bargeld verlangen, könne die Fabrik nur zwei Tage in der Woche arbeiten. Von einer Barauszahlung des Gesamtlohnes könne keine Rede sein.

Die Belegschaft lehnte das Ultimatum ab. Nichtsdestoweniger zahlt die Fabrik den Arbeitslohn seit einigen Wochen überhaupt nicht aus.

In diesen Tagen stellte die Arbeiterschaft folgende

Die nationale Bevölkerung fördert:

# „Arbeit und Brot — oder Mussolinis Kopf“

## Hitlers „Drittes Reich“ von einer Krise ohnegleichen erschüttert — Nur die Wirtschaft der Sowjetunion blüht

München, 15. Dezember. Tiefen Einblick in die herrlichen Zeiten, die unter dem faschistischen Regime in Italien ausgebrochen sind, gestattet der Brief eines in Italien lebenden Münchners, den ein hiesiges bürgerliches Blatt veröffentlicht. Darin heißt es u. a.: „Jetzt kommt eine Neuigkeit, die Vater interessieren dürfte. Vorigen Montag um 9 Uhr abends haben sich ungefähr

dreitausend Arbeitslose vor dem faschistischen Gewerkschaftshaus angesammelt, wo sie einen Zug bildeten und vor die Residenz des Prinzen zogen. Das war das erste Mal seit Bestehen des Faschismus.

Das Schönste war, daß Polizei und die faschistische Miliz dabeistanden und vor der drohenden Menge nicht den Mut hatten,

den Zug zu sperren. Dienstag früh waren dann am Hauptbahnhof große Plakate angeschlagen:

„Brot und Arbeit oder den Kopf Mussolinis.“

So sieht es bei uns aus, alles ist arbeitslos.“

Weder nationalistiche Maulaufreißer noch blutigster Terror gegen die Arbeiterklasse waren imstande, Italien zu einer Insel inmitten der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise zu machen, wie es zum Beispiel der wirkliche Arbeiterstaat Sowjetrußland ist. Nicht Jahre nach dem Ausbruch des Dritten Reiches präsentieren die mit Redensarten betrogenen Massen dem Duce seine faulen Wechsel, für die er großspurig seinen Kopf garantiert hat. — Ein sehr ernstes und lehrreiches Kapitel der allerjüngsten Weltgeschichte, das man unsern Nationalistenaufreißern gar nicht genug vor Augen führen kann.

# Erfolgreicher Bergarbeiterkampf bei revolutionärer Führung

## Schottische Bergarbeiter erzwingen Anerkennung ihrer revolutionären Gewerkschaft Reformist niedergeschrien

London, 15. Dezember. Der Streik im Bergwerk Mureddge in der Grafschaft Fife in Schottland gegen die Mahregelung von Arbeitern bei der Beendigung des Bergarbeiterstreiks in Schottland hat mit einem vollen Siege geendet. Sämtliche Arbeiter wurden wieder eingekellert.

Zunächst hatte sich der Betriebsleiter geweigert, mit Beamten des revolutionären Verbandes der Vereinigten Bergarbeiter Schottlands zu verhandeln, und nur eingewilligt, mit den betroffenen Arbeitern und mit dem Vertreter der reformistischen Gewerkschaft zusammenzukommen. Die gemahregelten Arbeiter weigerten sich, mit diesem Vertreter zusammen zur Besprechung zu gehen, und in einer Massenversammlung wurde beschlossen, die Sicherheitsmannschaften abzugeben, wenn die Wiederaufnahme nicht sofort bekanntgegeben werden sollte. Die Solidarität der Arbeiter führte zum vollständigen Nachgeben des Betriebsleiters und seines Gehilfen, und die Arbeiter stehen jetzt wieder in Arbeit. Später versuchte der Vertreter der reformisti-

schen Gewerkschaft während des Tages, an eine Massenversammlung von Arbeitern auf dieser Grube eine Ansprache zu halten, wurde aber niedergeschrien. Eine vom Verband der Vereinigten Bergarbeiter Schottlands abends einberufene Massenversammlung ergab viele Neuaufnahmen für die revolutionäre Gewerkschaft.

# Erfolg der Minderheitsbewegung in London

London, 15. Dezember. Der Bezirk London des Vereinigten Maschinenbauerverbandes hat seinen eine Urabstimmung für die Wahl eines hauptberuflich tätigen Organisationssekretärs durchgeführt. Der Kandidat der Minderheitsbewegung, Genosse Jack Tanner, wurde mit 1121 Stimmen gegen 953 für D. Hubbard gewählt, der diese Stellung viele Jahre bekleidet hat.

# Generalstreikbeschuß des Indischen Gewerkschaftskongresses?

London, 15. Dezember. Die technische Beilage der „Times“ teilt mit, daß der Indische Gewerkschaftskongress seinen zusammengetreten sei und daß im Januar ein Generalstreik ausgerufen werden soll.

Es werden keine Einzelheiten berichtet. In der indischen Presse wird von einem Zusammentritt des Indischen Gewerkschaftskongresses nichts erwähnt.

In England sind die Vertreter der Eisenbahngesellschaften und der Leitungen der Eisenbahngewerkschaften zu keiner Einigung über die von den Eisenbahngesellschaften geforderten Lohnherabsetzungen gelangt. Die Frage ist dem Reichslohnamt zugewiesen worden, das aber erst im Januar nächsten Jahres zu Jammentreten wird.

Ultimatomforderungen: 1. Auszahlung des vollen von der Fabrik zurückgehaltenen Arbeitslohnes. 2. Einstellung jeden Abbaues und Wiederaufnahme der entlassenen Arbeiter. 3. Uebergabe der Regelung der Frage der Einführung des Trucksystems an die Arbeitsinspektion, da dieses System gezwungenermaßen ist. Die Widzew-Manufaktur lehnte den Vorschlag der Arbeiterschaft ab. Infolgedessen begann der Streik.

★

In der Textilindustrie des Kreises Belfast ist anlässlich der Auflösung des Tarifvertrages durch die Industriellen, die als Antwort auf die Ablehnung der den Arbeitern vorgeschlagenen Lohnsenkung ab 30. November die Gesamtbelegschaft entlassen und die Neuaufnahme der Arbeiter ab 15. Dezember zu neuen Bedingungen anläßig, ein Konflikt ausgebrochen. Der Vertreter des Arbeitsministeriums schlug die Uebergabe des Konfliktes an die Staatliche Schiedsgerichtskommission vor. Die I.P.S.-Gewerkschaft nahm den Schiedsgerichtsvorschlag an.



(Copyright des Internationalen Arbeiter-Verlags, Berlin.)

65. Fortsetzung.

„Was, einzeln zurückziehen!“ bestimmte Franz Kreuzat. Es fiel ihm nicht leicht. Aber die Kostiten schienen Verstärkung erhalten zu haben und der Angriff in der rechten Flanke war ins Stocken gekommen. Sie schleiften die Maschinengewehre in sichere Dedungen und nahmen die Erdaufwürfe, hinter denen sie die Mienenwerfer vermuteten, unter Feuer.

18.

„Der Schnidder ist tot!“ rief der Blondkopf nach Franz Kreuzat hinüber. „nen Kopfschuß hat er weg!“

Der Tod des lustigen Schnidders bedrückte sie alle. Schen wandten sich die Gesichter zu der Stelle hin, wo der Tote lag. „Buddelt ihm ein Loch!“ rief Murr den Arbeitern zu, die in der Nähe der Leiche hockten.

„Schade um dich!“ brummte der Boh und nahm einen Spaten, um das Grab zu schaufeln.

Da trat etwas ein, was Franz Kreuzat und Murr beunruhigte. Drüben verstummte ein Maschinengewehr nach dem anderen. Auch die Mienenwerfer schwiegen. Die Abwehr erlahmte merklich. „Was ist nun passiert?“ fragte Franz Kreuzat und sah Murr an. Murr wußte darauf keine Antwort zu geben: „Da stinkt was!“ sagte er argwöhnisch.

Sie warteten, ob die Arbeiter rechts noch einmal vorstoßen würden. Aber auch dort schienen die Angriffstreue abgelaufen zu

sein. „Was ist es denn, zum Donnerwetter?“ fragte Franz Kreuzat. Er gab Befehl, liegen zu bleiben und die Dedungen nicht zu verlassen.

„Die Kostiten kneifen aus!“ rief ein Arbeiter.

„Daß die schon nicht kneifen!“ erwiderte der Boh. „Paß auf, sie haben uns in einen Sad gelockt und schneiden uns den Rückweg ab!“

„Macht euch nur nicht selbst Angst!“ sagte Franz Kreuzat. „Wir werden einen nach Rehr hinüberschicken!“

Zwischen den Bäumen kam ein Melder heran: „Kreuzat!“ rief der Melder und winkte Franz zu. „Was ist denn los, zum Teufel?“ fuhr der erregt auf. „Warum geht es denn nicht mehr weiter?“

„Ein Waffenstillstand soll irgendwo abgeschlossen sein!“ erzählte der Melder. „Rehr glaubt aber dem Straten nicht und läßt dir mitteilen, daß die Truppe in Stellung bleiben und du gleich zu ihm kommen sollst!“

„Waffenstillstand!“ — lachte Murr gepreßt. „Mit wem denn?“

„Mit den Kostiten, mit wem denn sonst!“ erwiderte der Melder.

„Mit denen gibt es keinen Waffenstillstand!“ sagte Murr, rot vor Zorn. „nicht eher, bis sie alle entwaffnet sind!“

„Komm, wir gehen mal zu Rehr hin!“ drängte Franz Kreuzat und schärfte seinen Kameraden ein, ja nicht die Stellung zu verlassen und das Feuer sofort wieder aufzunehmen, wenn die Kostiten drüben etwas unternehmen würden.

Sie liefen beide mit dem Melder zu Rehr, der sich bei der dritten Kompanie befand und schon auf Franz Kreuzat gewartet hatte.

„Denk dir mal den Blödsinn!“ empfing ihn der alte Soldat. „In Bielefeld schliehen ein paar Sozialdemokraten und weiß der Teufel wer noch mit Watter einen Waffenstillstand!“

„Für uns kann es keinen Waffenstillstand geben!“ entgegnete Murr statt Franz Kreuzat. „Wenn wir uns darauf einlassen, dann lassen wir der Reichswehr nur Zeit, Verstärkungen heranzuschaffen, die uns dann für unsere Dummheit den Dank zahlen werden!“

„Das meine ich auch!“ sagte Rehr. „Ich bin nicht gewillt, mich darauf einzulassen! Wir kämpfen weiter!“

„Das meine ich auch!“ sagte Franz Kreuzat erleichtert. „Jetzt wo wir die Brücke und den Bahndamm bald haben, wo

wir durch einen guten Vorstoß Wesel haben können, macht man so einen Dreh!“

„Wir wollen hören, ob die übrigen Genossen genau so denken!“ sagte Rehr und wartete, bis auch die anderen Kompanieführer erschienen waren.

„Laßt uns einen nach der Hauptgefechtsleitung hinschicken!“ sagte der Offizierstellvertreter, dessen Kompanie bei dem Angriff die größten Verluste gehabt hatte.

„Was geht uns die an?“ wehrte sich der Ruff. „Wir sind hier und werden uns nicht durch solche Scheißhausparolen behindern lassen!“

„Wollt ihr denn auf eigene Faust Wesel nehmen?“ mischte sich Schotte ein, der seiner Truppe, trotz des Protestes des politischen Kommissars, den Befehl gegeben hatte, sich zum Rückmarsch bereitzuhalten.

„Der macht die Kameraden konfus!“ sagte der kleine U.S.M.-Mann ergänzt, der mit Schotte mitgekommen war. „Wer macht sie konfus?“ brauste Schotte auf. „Du!“ sprang der Kleine auf und stand empört vor dem Kompanieführer. „Was hast du angeordnet? Erzähle es doch hier!“ „Wir ziehen uns auf die Ausgangsstellung zurück!“ sagte Schotte. „so wie es durch den Vertrag verlangt wird!“

„Du hast nichts eigenmächtig anzuordnen!“ — Rehrs Faust fauchte durch die Luft. „Du tußt das, was hier die Kampfleitung bestimmt!“

„Was wollt ihr denn?“ erwiderte Schotte empört, „wer bestimmt denn hier überhaupt? Wenn jeder Abchnittskommandeur nach seinem Gutdünken handeln wollte, wo kämen wir dann hin?“

„Genug!“ — Rehr schnitt ihm die weiteren Worte ab. „Wenn du abhauen willst, dann haue ab, aber hüte dich, die Kameraden zu beschwächen!“

„Ich tue, was ich für recht halte!“ erwiderte Schotte mit einem eigenwilligen Ton und sah von einem zum anderen. Er bemerkte, daß er mit seiner Meinung allein blieb, und ging.

Es war der 24. März. Kuriere kamen und brachten verworrene Meldungen. „Auf die Ausgangsstellung zurückziehen!“ — „Keiner darf die Stellung verlassen!“ — „Gestaffelt zurückgehen!“ —

„Sind die Affen blödsinnig geworden?“ empörte sich Rehr. Arbeiter kamen angehaufen: „Die Kumpels ziehen ab!“ meldete einer.

(Fortsetzung folgt.)

# Rund um den Erdball

Tragisches Ende einer Vergnügungsfahrt

## Ausflugsdampfer in die Luft geflogen

Drei Benzintanks explodiert — Panik an Bord — Drei Tote bisher geborgen — 29 Vermisste

New York, 15. Dezember. Durch drei Explosionen wurde am Sonntag der amerikanische Ausflugsdampfer „Gurtea II“ zerstört. Von den über 170 Fahrplätzen konnten 144 gerettet werden. 3 Tote wurden geborgen. 29 Personen werden noch vermisst.

Nach den bisher vorliegenden Meldungen entstand die Explosion im Maschinenraum des Schiffes, die einen großen Benzintank an Deck in Brand setzte. Im Nu stand das ganze Schiff in hellen Flammen. Eine ungeheure Panik an Bord brach aus.

Trotzdem die Schiffsführung die Bordkapelle in Tätigkeit treten ließ, konnten die Passagiere, darunter viele Kinder, gellend schreiend durchs Wasser.

und viele wollten sich, sinnlos vor Angst, kopfüber ins Wasser stürzen. Die Warnungen des Kapitäns, daß alle, die ins Wasser springen, durch Hartfische in Gefahr kämen, waren erfolglos.

Bei den Rettungsarbeiten spielten sich erschütternde Szenen ab. Ein Dampfer, der zu Hilfe geeilt war, war im Nu überfüllt. Nur das rasche Eingreifen der Küstenwache verhinderte, daß das Unglück größere Ausmaße annahm. Die „Gurtea“, die

wenige Minuten nach dem Unglück sank, war mit einem Glasboden ausgestattet, der die Beobachtung der Meereswunder und Korallenriffe gestattete.

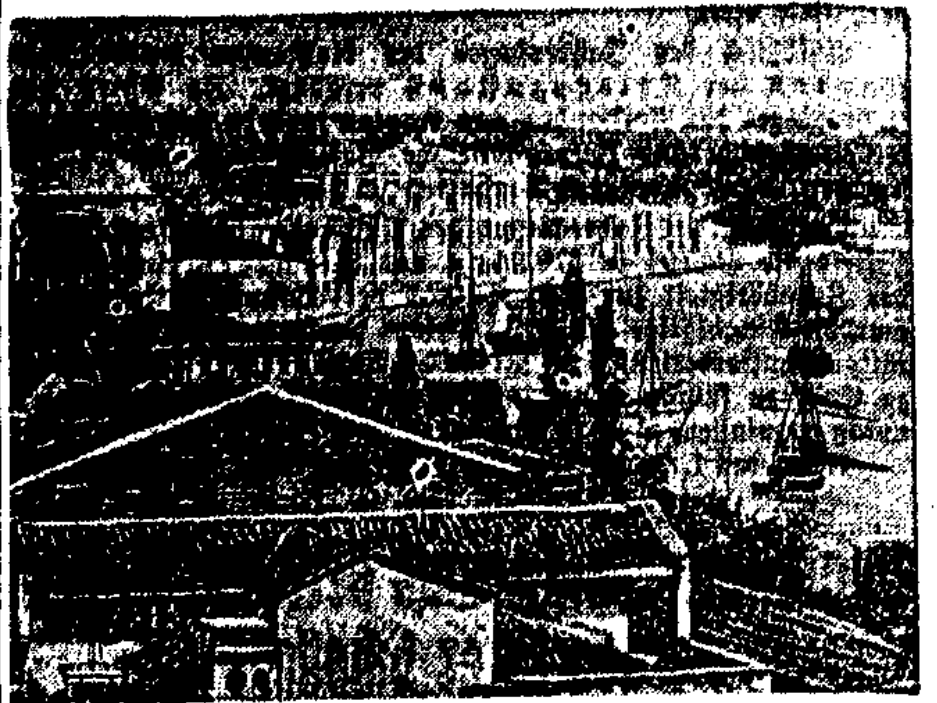
## Eisenbahnkatastrophe in Agram

Drei Todesopfer — Mehrere Schwerverletzte

Wien, 15. Dezember. Auf dem Agramer Hauptbahnhof ereignete sich am Sonntag nachmittag ein schweres Eisenbahnunglück, das drei Todesopfer und mehrere Schwerverletzte forderte.

Kurz vor 16 Uhr war der Personenzug aus Karlstadt, mit dem viele Bauern und Bäuerinnen in die Stadt fuhren, fahrplanmäßig eingefahren. Eine Gruppe von etwa 40 Personen, die sich noch auf dem Zwischenperron befand, wurde plötzlich von einem Rangierzug in voller Fahrt erfasst. Drei Personen wurden auf der Stelle getötet und mehrere schwer verletzt. Der Schuldige an dem Unglück, der Bahnhofsvorsteher, wurde sofort verhaftet.

## Riesige Brandkatastrophe in Konstantinopel



Unser Bild zeigt den Konstantinopler Stadtteil Beschiktasch, in dem durch ein Riesfeuer 400 Häuser bis auf die Grundmauern eingeäschert wurden und zahlreiche Menschen ums Leben kamen.

## Walffisch bringt Fischerboot zum Kentern

Drei Fischer ertrunken

Oslo, 15. Dezember. Ein ungewöhnlicher Unfallsfall hat sich am Sonnabend vor Tromsø abgepielt. Dort waren drei junge Fischer in ihrem Boot hinausgefahren, als plötzlich ein riesiger Walffisch in ihre Nähe kam. Der Riesenfisch geriet unter das Boot und warf es um. Die drei Fischer ertranken. Ihre Leichen konnten noch nicht geborgen werden.

## Uberschwemmung und Erdbeben in Kleinasien

Nach einer Meldung aus Angora ist infolge der langanhaltenden starken Regenfälle der Fluß Seyhan über die Ufer getreten und hat die niedrig gelegenen Teile der Stadt Adana überflutet. In Erzerdtschan wurden abermals drei Erdstöße und in Trapezunt ein Erdstoß verspürt. Der Bevölkerung bemächtigte sich starke Beunruhigung.

## Des Volkes Blut verströmt in Bächen . . .

Die Rote Hilfe mahnt

Die tiefe Krise des kapitalistischen Systems im Weltmaßstab findet einen furchtbaren Ausdruck in den Terrorzahlen der Länder mit faschistischer Diktatur sowie der kolonial verklärten Völker. Allein in sechs Monaten des Jahres 1930 sind nach folgender sehr unvollständiger Statistik zahlreiche Arbeiter Opfer dieses Mordterrors geworden:

Hier die Terrorzahlen:  
67 613 ermordete Arbeiter.  
66 678 leicht- und schwerverwundete Arbeiter.  
122 998 Verhaftungen.  
42 858 Hausdurchsuchungen.  
1 012 Verbote von revolutionären Massenorganisationen.  
1 786 Arbeiter, die aus ihren sogenannten „Vaterländern“ deportiert wurden.

Für diese ungeheure Anzahl von verfolgten revolutionären Arbeitern sowie für ihre Familien in allen Ländern muß die Internationale Rote Hilfe Geldmittel zu ihrer Unterstützung aufbringen. Gleichzeitig aber auch appelliert die Rote Hilfe an alle Welttätigen der Welt, mit ihr den Kampf gegen die faschistischen Henker, gegen die Bluthenker der kolonial verklärten Völker zu organisieren und zu führen.

## Rus dem beurlaubten Reichstag

Erst kommt der Hauptmann, dann der Bursche

Bei der Wahl des Vorsitzenden im Vertehrsauschuß des Reichstages ereignete sich folgender für die Nazis bezeichnender Zwischenfall: Nachdem die Wirtschaftspartei Anspruch auf den Vorsitz hatte, erhob sich ein Nazi-Abgeordneter und schnarrete hervor:

„Der Herr Hauptmann haben mich bestimmt ihn vorzuschlagen.“  
Als darauf alles in stürmisches Gelächter ausbrach, bekräftigte der Nazimann den Auftrag des Hauptmanns Göring noch einmal:

„Ja wohl, der Herr Hauptmann haben mich befohlen.“  
Wenn die Knechtseligkeit schon in einem derartigen Umfange in der Reichstagsfraktion der Nazis vorhanden ist, wie mag es dann erst in den Reihen der SA. aussehen?

## Der zensierte Reichsfinanzminister

Als der Finanzminister Dietrich am 8. Dezember seine große Rede zum Etat hielt, machte der kommunistische Abgeordnete Torgler den Zwischenruf:

„Wie wäre es mit der Offenlegung der Steuerlisten?“

Darauf erklärte Dietrich:  
„Nach damit, Herr Abgeordneter Torgler, bin ich voll und ganz einverstanden.“

Als das Stenogramm dieser Rede erschien, hatte irgendein Ministerialbeamter diesen staatsgefährlichen Teil der Rede des Ministers herausgeholt. Doch hatte der gute Mann nicht mit Löbes Gramophonplatten gerechnet. Dort ist dieser staatsgefährliche Teil laut und deutlich zu vernehmen.

Wir empfehlen, diese hochverräterische Gramophonplatte schleunigst einzuziehen, damit sich ja niemand einbildet, daß nach dem Versprechen des Ministers die Steuerabführungen der Reichsbürger bekannt werden.



## Nach dem letzten großen Erdbeben in Japan

Wie erinnerlich, wurden Ende November mehrere japanische Städte durch ein großes Erdbeben zerstört, wobei viele hundert Menschen umkamen. Die Bewohner kampierten nach der Katastrophe in primitiven Zelten. Auf schnell errichteten Bambuspfehlern wurden — wie unser Bild zeigt — elektrische Leitungen in die Zeltlager geführt, um den Bewohnern wenigstens Beleuchtung zuzuleiten.

Selbst die Filmieblinge werden Opfer der Weltwirtschaftskrise

## 30 Millionen Dollar Verlust der Filmstars

„Bank of Hollywood“ zusammengebrochen — Professedemonstration der „Prominenten“

New York, 15. Dezember. Die gewaltige Weltwirtschaftskrise, die besonders die Vereinigten Staaten von Nordamerika bis in ihre Grundfesten erschüttert, hat u. a. zur Folge, daß fast kein Tag vergeht, ohne daß nicht irgendwo Bankinstitutionen zusammenbrechen, wobei nach dem kapitalistischen Gesetz die Pleite eines Hauses den Bankrott vieler anderer nach sich zieht.

Nunmehr kommt aus Hollywood, der bekanntesten Filmfirmazentrale der Welt, die sensationelle Meldung, daß dort die „Bank of Hollywood“ zusammengebrochen ist,

wodurch zahlreiche Filmstars um das immerhin ganz ansehnliche Einkommen von 30 Millionen Dollar geschädigt wurden.

Die jetzt zusammengebrochene Bank galt in ganz Amerika als eine der feinsten Institutionen, da bekannt war, daß die Riesenerbener am Film dort verwaltet liegen.

Nach vor einigen Wochen gab die Bankleitung im Zusammenhang mit anderen Bankpleiten in Los Angeles bekannt, daß „keinerlei finanzielle Schwierigkeiten zu befürchten seien“. Bis dann vor wenigen Tagen wie ein Blitz aus heiterem Himmel auch die „Bank of Hollywood“ ihre Pleite anmeldete.

Darob große Aufregung in Hollywood! Schluß war's mit den Arbeiten an neuen filmischen Kühnheiten und Verlogenheiten! Wer von den eleganten Salonlöwen, todessüchtigen Combos, unheimlich griffigeren Geheimpolizisten hatte noch Interesse an der weiteren Produktion der kapitalistischen Verwundung „Kunst“? Ja, selbst die frömsten und tugendhaftesten Filmhühner wurden nun, da es an ihr Bankkonto ging, rebellisch. Und genau wie es „gang gewöhnliche Arbeiter“ zu tun pflegen, rotteten sie sich zu einer Versammlung zusammen, um die Bankleitung zur Verantwortung zu ziehen. Nicht genug mit „radikalen“ Reden und „radikalen“ Resolutionen, formierten sie sich nach der Versammlung sogar zu einem Demonstrationzug, um die einstimmig gefaßte Entschliebung den Bankdirektoren persönlich zu überbringen.

Vor dem Bankgebäude endlich kam es noch zu einem weiteren Angriff, wobei Türen und Fenster auf ganz unvorsichtige Weise in Trümmer geschlagen wurden.

Allerdings amerikanische Polizei, die sonst jede Demonstration von revolutionären Arbeitern mit Gewandtheit und Feinheit

gasbomben auseinandertreibt, kam in diesem Falle erst auf den Kampfschauplatz, als alles vorbei war.

Selbstverständlich glauben wir nicht, daß nunmehr die amerikanischen Filmgrößen wie gewöhnliche Arbeitslose in Amerika verhungern müssen oder der „privaten Wohlfahrt“ zur Last fallen. Vielmehr sind wir der Meinung, daß der amerikanische Kapitalismus gerade in der augenblicklichen Weltwirtschaftskrise den Kritik- und Verwundungsfilm, also den Hollywood Export, genau so nötig braucht wie die Gummi- und Tränengasbomben, und darum „seine Leute“ nicht verhungern läßt.

## Immer noch Rätselraten um den Todesnebel

Brüssel, 15. Dezember. Die Untersuchungen über den geheimnisvollen Todesnebel im belgischen Masdial werden nach offizieller belgischer Meldung „eifrig fortgesetzt“.

Mehrere Sachverständige untersuchen die Abflüsse der Hüften, andere die Entstehungsursachen des Nebels, noch andere wollen feststellen, welche schädlichen Bestandteile sich im Nebel befanden. Die letzte Gruppe untersucht vor allem die Ergebnisse aus der Leichenschau. Ein endgültiges Urteil konnte bisher angeblich noch nicht gefällt werden.

## Raffengrab aus dem 30jährigen Kriege aufgedeckt

Bauarbeiter, die in Aigringen in Lothringen mit Ausschachtungsarbeiten beschäftigt waren, stießen auf einen großen Haufen Knochen, denen sie zunächst keinerlei Bedeutung beimahen. Als sich aber ähnliche Funde an anderen Stellen wiederholten, benachrichtigten sie die Behörden. Die Untersuchung ergab, daß es sich hier um die Gebeine von Soldaten handelt, die während des 30jährigen Krieges getötet und hier beigesetzt wurden. Die Knochen wurden gesammelt und in einem gemeinsamen Grab beigelegt.

## Ein deutscher Dampfer gestrandet

Der deutsche Dampfer „Konsul Sauter“ ist bei Kjellkedts an der Südspitze von Seeland gestrandet. Die Lage des Dampfers ist bedenklich. Hilfschiffe sind sofort nach dem Strandungsfall ausgesandt.

# Breslau

## Der Enttäuschungssturm ist da!

Der Magistrat gibt bekannt: „Die Anforderung der Bürgermeister auf den inwärtigen gestellten Lohnsteuerkarten für 1931 hat Anlaß zu zahlreichen Rückfragen gegeben. Eine aufklärende Bekanntmachung des Magistrats über Bürgersteuer wird am Sonntag, dem 4. Januar 1931, in allen Tageszeitungen erscheinen. Es wird gebeten, bis dahin von allen Anfragen bei städtischen Dienststellen abzusehen und etwaige Zahlungen zurückzustellen.“

Diese Bekanntmachung ist eine Antwort auf den Sturm, den die Steuerarten ausgelöst hatten. Der Magistrat hofft ihn mit weiteren Bekanntmachungen (1) beruhigen zu können. Der Magistrat wird sich täuschen. Die meisten Arbeiter und Angestellten können die Bürgersteuer nicht zahlen, wenn sie ihrer Familie nicht für eine Woche lang das Brot vom Tisch wegnehmen wollen.

Mag der Magistrat Versöhnungsversuche unternehmen! Die Forderung der Arbeiter, Angestellten, Beamten, Gewerbetreibenden selbst: Hinweg mit der Bürgersteuer!

## Winterveranstaltung der Roten Hilfe

Arbeiter! Massengenossen! Heraus zur Winterveranstaltung der Roten Hilfe am Donnerstag, dem 18. Dezember, 20 Uhr, im Lokal „Der Getreide“.

Es spricht der zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilte und erst vor kurzem amnestierte Genosse Ebers, Berlin.

Nachdem erstes Auftreten der Lichtpropaganda der Roten Hilfe. Anschließend Einberufung der Kinder und Angehörigen der politischen Gefangenen sowie Verlobten.

Arbeiter, Massengenossen! Haltet euch diesen Abend frei! Beachtet die weiteren Bekanntmachungen!

## Blinde erhält keine Hilfe!

Wohnt da auf der Klosterstraße 148 das Ehepaar S., dessen Einkommen ausschließlich aus einer Wohlfahrtsunterstützung in Höhe von 77 Mark monatlich besteht. Von diesen 77 Mark werden dem Ehepaar nur 50 Mark in bar ausgezahlt. Der Restbetrag wird für Miete und Mietschulden abgezogen. Der Mann ist seit Kindheit blind und bekommt keine Rente. Da er gehört hatte, daß für die Blindenwohlfahrt stündig Geld gesammelt wird, glaubte er nun, eine einmalige Sonderunterstützung erhalten zu können. Er stellte einen Antrag — und wurde unter Hinweis auf sein Einkommen von 77 Mark abgewiesen. So die Blindenwohlfahrt. Nicht anders auch die städtische Wohlfahrt. Die Frau S. stellte einen Antrag auf einen Beschlusse. Dieser Antrag wurde mit der lapidaren Bemerkung abgelehnt, daß das Ehepaar „erst“ im August einen Beschlusse erhalten hätte und demzufolge eines weiteren nicht bedarf. Einen Kommentar zu diesen Tatsachen brauchen wir wohl nicht zu schreiben.

## „Am Pranger“

Zu der unter obiger Überschrift veröffentlichten Notiz wird uns von dem Friseurmeister Oskar Martin, Mariannenstraße 13, geschrieben: „Die gegen mich in der Freitagausgabe der „Arbeiter-Zeitung“ gemachten falschen Gerüchte, ich hätte Polizeibeamte auf demonstrierende Arbeiter geschickt, sind vollkommen aus der Luft gegriffen und unwahr.“ Da wir niemals Veranlassung haben können, etwas Unwahres zu behaupten, veröffentlichten wir die Zuschrift von Martin, und werden nach Rücksprache mit unserem Gewährsmann auf die Angelegenheit noch zurückkommen.

## Stadtheater

„Das Spielzeug Ihrer Majestät“, so heißt die Operette, deren Erstaufführung am Freitag im Stadtheater — in Anwesenheit des Komponisten — stattfand. Vier Autoren haben sie geschrieben, und wenn es auch stimmt, daß diese Stücke den Drei verderben, so ist doch eine der üblichen Operettenschandlungen zustande gekommen, die den Vorzug hat, unterhaltend zu sein und an keiner Stelle zu langweilen. In dieses Verbleib teilen sich die leichteren, gefälligen Melodien des Komponisten Josef Dönigberger, das Orchester unter Leitung von Weglar, das Ballett und seine Solokräfte, die wichtige Inszenierung Ernst Kollas, und die Künstler, die an diesem Abend durchweg von einer ausgezeichneten Stimmung befeuert waren, wie wir sie bei einer Oper noch nicht erlebt haben. — Die Handlung spielt im England des 18. Jahrhunderts, zur Zeit der Kaiserin Elisabeth — ist im Programm zu lesen. Auf der Bühne ist allerdings nichts davon zu merken, aber das macht nichts, weil man sowieso nicht ernst nehmen kann, weder die Vorgänge am Hofe, noch die Verhältnisse, noch die Zustände auf der berühmtesten Festung Schloßburg usw. Das alles ist nur Vorwand und Fassade, hinter der sich in unbekümmerter Heiterkeit und bemerkenswerter Frische die Künstler tummeln. Unmöglich, alle zu nennen, das Programm verzeichnet „nur“ vierzig Namen. Außer den Tänzern des Balletts und der Einzelkämpfer bleiben in der Erinnerung haften die Leistungen der sympathischen Anny Kunze, die wie lebendiges Quecksilber über die Bühne wirbelt, ihres Partners Dewald, der schauspielerisch, gesanglich und tänzerisch brilliert, von Arthur Heyer als verliebtem Leutnant, und Editha Gerlach als Barin Elisabeth, sowie des ganz ausgezeichneten Ernst Kollas als Polizeiminister. Daneben eine Reihe guter anderer Leistungen. Es wurde ein heiterer, fröhlicher Abend, dem das Publikum mit seltener Begeisterung folgte. — II.

Vermisst wird seit dem 12. Dezember der 26jährige Fonditorengehilfe Albert Iwanowicz, zuletzt in Breslau, Katharinenstraße wohnhaft gewesen. I. ist 1,78 Meter groß, schwächling, hat dunkelblondes Kopfsaar, sehr hohe Stirn und Gröbchen. — Ebenfalls vermisst wird seit dem 10. Dezember der 30jährige Kaufmann Friedrich Brust, zuletzt in Jawisna D.-S. wohnhaft gewesen. Brust hatte mit einem größeren Geldbetrage eine Einlaufreise nach Breslau unternommen, hat einen größeren Teil des Geldes zurückgeschickt, und wird vermisst. Er ist 1,70 Meter groß, hat volles Gesicht, mit Braunhaaren, dunkelblondes Haar, kurzgeschneittenen Schnurrbart. — Ebenfalls vermisst wird seit dem 11. Dezember der 12jährige Schüler Rudolf Hoffmann, zuletzt in Breslau, Weinstraße 58, wohnhaft gewesen. H. ist 1,35 Meter groß, breitkühlig, hat hellblondes Kopfsaar, bleiches Gesicht, graue Augen, sädemhafte Zähne und glockenförmige Nase. Er trägt blaue Kappe, gelben Anzug und das Wäschgezeug G. S.

Einschränkung im Branntweinauskauf. Einer Bekanntmachung des Polizeipräsidiums entnehmen wir: Nachdem bisher schon der Verkauf von Branntwein in Gast- oder Schankwirtschaften sowie der gesamte Kleinhandel damit vor 7 Uhr früh verboten war, hat der Innenminister den Verkauf von Branntwein und den sogenannten offenen Kleinhandel mit Trinkbranntwein bis um 9 Uhr

# Aufseher, Aufseher, Aufseher bei der Straßenbahn

K. R. Die faschistische Diktatur der Brüning-Regierung und ihre Unterstützung durch Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbürokratie sind ihr Echo in den Betrieben. Dieses kommt dadurch zum Ausdruck, daß sich in den Betrieben, in diesem konkreten Falle bei der Straßenbahn, Elemente bemerkbar machen, deren reaktionäre Einstellung, durch Betriebsrat und Belegschaft gehemmt, sich nicht entfalten konnte. Durch die jahrelang von den Gewerkschaftsböngern gepredigte Theorie von der Wirtschaftsdemokratie haben sie die ihnen ergebenden Betriebsräte reif für den Faschismus gemacht. Die jetzt besonders kraft austretenden reaktionären Erscheinungen bei der Straßenbahn sind nur Folgeerscheinungen systematisch betriebener Nationalisierungen mit stillschweigendem Einverständnis der Gewerkschaftsbürokratie beider Richtungen und der ihnen ergebenden Betriebsräte. Wenn nun die Verwaltung der Straßenbahn infolge räumlich beengter Verhältnisse nur noch sehr schlecht ihren Betrieb weiter technisieren kann, so versucht sie durch weitere Intensivierung der Leistungen des einzelnen Arbeiters zu steigern, um so auf Kosten der Arbeitskraft der Arbeiter eine erneute Nationalisierung durchzuführen. Das bedeutet, entweder die bis dato systematisch betriebene Reduzierung der Belegschaft mit Pensionierungen und sonstigen Einzelmaßnahmen weiter zu betreiben, oder infolge der kraft hervortretenden Reaktion — Massenentlassungen. Dazu sollen die von Gewerkschaftsböngern geschickten und von den ihnen ergebenden Betriebsräten gebildeten Aufseher dienen. Wenn wir von geschickten Aufsehern sprechen, so deshalb, weil diese Aufseher meistens christlich oder freigewerkschaftlich organisiert sind, und der „Kollege“ Betriebsrat ihre Methoden duldet.

Mit der Einführung des Fristenbüros begann bei der Straßenbahn die Periode der Nationalisierung, die nicht aus dem allgemeinen Rahmen der Nationalisierung des Jahres 1926 stieß: Technisierung der Betriebe und Intensivierung der Arbeitskraft. Die Verwaltung sagte damals unter Führung Direktor Kellner, es sei nur eine „Beseitigung des Leerlaufes“ des Arbeitsganges. Einige Zeit nach Einführung des Fristensystems mußten die Gewerkschaftsbürokraten eine Verammlung im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses machen, um der Empörung der Kollegen gegen dieses System Rechnung zu tragen. In dieser Verammlung wurde eine Zurückweisung der Übergriffe des „Fristen“-Zuglenkers Ederl und eine anschließende bessere Bezahlung infolge der entstandenen Mehrleistung verlangt. Die Gewerkschaftsbürokratie nahm den Tod des Stadtrats Neulitz zum willkommenen Anlaß, die Forderungen der Kollegen

## unter den Tisch lassen zu lassen

mit der Begründung, erst warten zu müssen, bis die Stadtratsstelle wieder besetzt sei. Diese Stelle ist zwar inzwischen wieder besetzt worden und noch dazu von einem „linken“ Sozialdemokraten, dessen Tendenz aber dahin geht, den Lohn nicht zu verbessern, sondern zu verschlechtern. Die Gewerkschaftsbürokratie aber hat die Forderungen der Kollegen trotz öfterer Hinweise der Opposition „vergesessen“. Inzwischen ist aber lustig weiter rationalisiert worden. Die Zeiten für Fertigstellung von Bauteilen, für Hauptreparaturen der Wagen, die Bereinigungszeit der Wagen, die Zeiten für Wagenrevision sind immer weiter herabgedrückt worden, so daß man sagen kann, daß Maß der Anspannung und Auspumpung der Arbeitskraft ist erreicht. Die Gewerkschaftsbürokraten und christlichen, reformistischen Betriebsräte sagen den Kollegen, daß es an ihnen läge, wenn sie so schinden, denken aber nicht daran, diejenigen Kollegen, welche sich gegen eine derartige Schinderei zur Wehr setzen, vor Maßregelungen zu schützen, sondern begünstigen dieselben noch, indem sie den

von der Verwaltung diktierten Strafen zuzumessen. Dieser in seiner Majestät

## Christlich-reformistische Betriebsrat

beugt sich wohl den Diktaten der Verwaltung, aber nicht den berechtigten Abstimmungen und Forderungen der Kollegen. Er hat die Bahnhof VI Infolge der immer stärker sich fassenden öffentlichen Adressen und der Ideologien mit ihnen durch die „Wirtschaftsdemokratie“ verbundenen Betriebsräte hält die Verwaltung der Straßenbahn mit diesem Prozeß durchaus Schritt. Zum Ausdruck kommt das vorläufig dadurch, daß man das Aufseheresystem legal und illegal verschärft hat. Legal dadurch, daß bei der Werkstatt der Oberwerkmeister Kerschmann, ein frommer Katholik wie Brüning, bei Tag und bei Nacht mit dem Auto der Verwaltung die Bahnhöfe bereist, um, wie diesmal von der Verwaltung angegeben wird, angebliche Missetaten zu befehlen. Die Kollegen aber wissen aus Erfahrung (Fristensystem), daß das eine erneute Nationalisierung mit einschließendem Lohn- und Schutzkleidungsabbau bedeutet. Die Kosten der Autofahrten Herrn Kerschmanns aber werden ebenfalls aus den Knochen der Arbeiter herausgeschunden. Wenn man nur Missetaten befehlen will, so genügt es wohl schon die sich auf den Bahnhöfen befindenden Werkmeister, Werkführer, Wortschloffer und Schichtführer. Aber zu besonderen Dingen braucht man eben besondere Leute. Jegliche Aufseher für die Bahnhöfe sind die Bahnhofsmeister des Fahrpersonals, welche seit die Erlaubnis erhalten haben, in den Wagenhallen nach Belieben umherzuspazieren. Praktisch bedeutet das für die Belegschaft der Bahnhöfe noch eine v. Aufseher mehr. Zu den Methoden beim

## Gleisbau

ist schon in einem besonderen Artikel Stellung genommen worden. Welche Aktivität entfalten dagegen die Gewerkschaften beider Richtungen? Die einzige Aktivität, welche sie entfalten, ist, daß sie und ihre treuesten Stützen, die jeweiligen Betriebsräte, dafür sorgen, den inwärtig und totgeschundenen Arbeitern für ihr eigenes Gewissens- und Sterbepaß einzurichten. Denn wenn sie für die lebenden aktiven Arbeitskräfte sorgen wollten, müßten sie dieses System angreifen, und das können sie nicht als Vertreter derselben. Bei uns ist es leider noch so weit, daß jeder für seine Heerdung selbst sorgt, und so haben es diese Bürokraten und ihre Lakaien noch leicht, die Kollegen dafür einzulassen. Wir aber sagen: Eine Gewerkschaftsbewegung hat sich um die Interessen der Lebenden zu kümmern, um den Tod des einzelnen kümmern sich genug andere. Wenn die Belegschaft will, so soll sie sich eine Solidaritätskasse im Betriebe gründen (freiwillige Sterbekasse), der alle Belegschaftsmitglieder angehören können, ohne sie zu spalten in christliche, freigewerkschaftliche und unorganisierte Kollegen, denn alle stehen an einem Strick.

Die KPD, welche eintritt für die Interessen aller Betriebsarbeiter ganz gleich welcher konfessionellen oder politischen Einstellung, ruft die Straßenbahner auf, Mitglieder der KPD zu werden und zu den Betriebsratwahlen zu kandidieren auf der

## Einheitsliste der Betriebsarbeiter

und zu werden für diese Liste. Diese Kandidaten haben die Aufgabe, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die kapitalistische Nationalisierung zu bekämpfen und den Kampf an der Spitze der Belegschaft zu organisieren für Verbesserung der Lebensbedingungen und gegen den Betriebsfaschismus. Dazu ist notwendig eine Einheitsliste aller Arbeiter, aber nicht um jeden Preis, sondern auf der Grundlage des Klassenkampfes.

vormittags verboten. Von 7-9 Uhr vormittags darf nur der sogenannte geschlossene Kleinhandel mit Trinkbranntwein in fest verschlossenen, mit der Firma des Herstellers oder Händlers versehenen Flaschen erfolgen.

Lernphotographieren! Die Arbeiterphotographen Breslaus veranstalten in dem Winterhalbjahr einen Lehrausgang in Retouche (positiv und negativ) sowie im Abwischen und Verstärken. Alle Kollegen und Kolleginnen, die Interesse haben, an dem Kursus bzw. Lehrausgang teilzunehmen, erhalten Auskunft bei Fritz Pabel, Nikolaisstraße 15, IV.

Note Hilfe, Scheitnis. Mittwoch, 20 Uhr, Hirsch, Ede Hofstraße, Mitgliederversammlung.

KPD., Stadtteil Süd. Heute, Dienstag, 20 Uhr, Astoriastraße, Sonnenstraße 42, Generalmitgliederversammlung. Buch oder Karte als Ausweis mitbringen.

Bund der Freunde der Sowjetunion. Mittwoch, 20 Uhr, Versammlung im „Gelben Löwen“, Oberstraße 23.

## Aus der Partei

Wegen parteischädigenden Verhaltens ist der ehemalige Genosse Walter Friedrich, Breslau, Sternstraße, aus der Partei ausgeschlossen. — Begründung: Schließen der KPD.

Wie uns mitgeteilt wird, ist Walter Friedrich (es handelt sich nicht um den bekannten Sportgenossen) auch aus dem Kampfbund und Scheitnis ausgeschlossen worden. Gleichzeitig ist auch der frühere Kamerad Lander ebenfalls wegen unprofetarischen Benehmens ausgestoßen worden.

## Mittelschlesien

### Strehlen

## Die Ermordung der Margarete Rieger restlos aufgeklärt

Das hierorts allseitig aufsehenerregende Verschwinden der Margarete Rieger, welche später aus dem Wasser als Leiche gezogen wurde, hat nunmehr seine Aufklärung gefunden. Der Mörder Alfred Domozalla, den man anfangs verhaftet, später aber aus Mangel an Beweisen wieder freigelassen hatte, hat bei der erneuten Verhaftung, laut der an die Presse gegebenen Mitteilungen des Breslauer Polizeipräsidiums, ein umfassendes Geständnis abgelegt. Nach diesem hat Domozalla zugegeben, die Margarete Rieger getötet zu haben, um sie los zu werden. Die Schlinge, mit welcher er sie erdrosselte, habe nicht die Rieger, wie er bisher angegeben hatte, sondern er selbst mitgebracht. Als Motiv zur Tat gibt er an, daß die Rieger von ihm nicht ablassen wollte, weil sie geschwängert sei. Er habe an ihr jedoch kein Interesse mehr gehabt, da er sich an ein

anderes Mädchen gebunden sah. Ueber die Tatausführung gibt Domozalla an, daß er die Rieger, nachdem sie sich beide an der Tafel, an der Uferböschung des Kanals, hingeseht hätten, mit der von ihm mitgebrachten Schlinge von hinten erdrosselt, die Leiche dann mit einem Stein beschwert und bis in die Mitte des Kanals gebracht habe, damit sie dort unterfinke und nicht mehr gefunden werde.

Stadterordnetenitzung. Am Mittwoch, dem 17. Dezember, 18 Uhr, findet eine öffentliche Sitzung der Stadterordneten statt. Als wichtiger Punkt steht u. a. auf der Tagesordnung: Genehmigung der Benutzung der Rathausfreitreppe bei öffentlichen Veranstaltungen. Auch die Bewilligung der anteiligen Kosten zur Errichtung einer Volkstüche in der ehemaligen Lubetzkischen Schokoladenfabrik wird zur Debatte stehen.

## Brieg

### Das Brieger Reichsbanner bewaffnet?

Nicht mit 88 Gewehren, sondern — mit Militärspaten. Wenn man alle mit Gewehren und Handgranaten bewaffnen wollte, ginge das nicht gut. Die Rebellion unter den ehrlichen Arbeitern würde noch größer, und alle würden fluchtartig das Reichsbanner verlassen. Da ein großer Teil dieser Leute Schrebergärten hat, kommt der Spaten gerade zurecht. Arbeiter, wie lange wollt ihr euch mit solchen Illusionen einfangen lassen? Ihr wollt gegen den Faschismus kämpfen, aber eure Führer wollen es nicht. Deshalb rufen wir euch zu: Heraus aus dem faschistischen Reichsbanner, hinein in den Kampfbund gegen den Faschismus!

## Oels

### Almosen statt Winterbeihilfe

In der Stadterordnetenitzung, die vor überfülltem Zuscherraum vor sich ging, wurde auch über die Gemächung einer Wirtschaftsbekämpfung die Unterstützungsempfänger befragt. Genosse Stoffel hatte hierfür Mittel im Betrage bis zu 10 000 Mark gefordert. Der Magistrat hatte sich bereit erklärt, 5000 Mark zur Verfügung zu stellen. Seitens der SPD-Fraktion war gleichfalls ein Dringlichkeitsantrag eingegangen, und wurden weitere 2000 Mark, also 7000 Mark, verlangt. Genosse Stoffel begründete seinen Antrag unter stürmischer Zustimmung im Zuscherraum und rechnete wieder einmal erbarmungslos mit den bürgerlichen Parteien und den Sozialfaschisten ab, die, wie immer, diejenigen gewesen sein wollen, die den Erwerbslosen zuerst geholfen haben. Es wurden schließlich 7000 Mark bewilligt und eine siebenköpfige Kommission gewählt, die sich mit der Verteilung der Mittel befassen wird. — Gegen den Widerspruch des Genossen Stoffel wurde u. a. beschlossen, in Zukunft zu den öffentlichen Sitzungen Plakarten auszugeben. Jeder Stadterordnete erhält zwei Karten, die er weitergibt.

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Scheller, Berlin; für den literarischen Teil: Ernst Scheller, Berlin. — Für Anzeigen: Carl Scheller, Berlin.

# Waldenburger Bergland

## Gottesberg

### Achtung! Arbeiter von Gottesberg, Fellhammer und Rothenbach!

Am Mittwoch, dem 17. Dezember, um 18 Uhr, spricht in Gottesberg, Hotel „Glad auf“, der zum Tode verurteilte Lumpel G b e r g aus Offen über die Qualen der proletarisch-politischen Gefangenen.

Wir bitten hiermit alle Klassengenossen, recht zahlreich zu erscheinen.

rote Hilfe Gottesberg.

## Königszell

### Espeheh-„Blüten“ als Arbeiter-„vertreter“ in Königszell

Der Erwerbslosenausschuss hatte eine Weihnachtsgeldhilfe in Höhe von 20 Mark für den Haushaltungsvorstand und je 10 Mark für jedes weitere Familienmitglied, außerdem pro Monat zweiunddreißig halben Zentner Kohle und einen halben Zentner Holz beantragt. Dieser Antrag stand nun am 2. Dezember auf der Tagesordnung der Gemeindevorstellung. Unter neu in die Gemeindevorstellung eingetretene Genosse J o p p i g begründete ausführlich diesen Antrag und bat dringend um die Bewilligung dieser Mittel. Hier kam unser Genosse bei den SPD-Bonzen aber schlecht an. Der sozialdemokratische Gemeindevorsteher F e i g e mit seinen SPD-Trabanten hatte einfach für die Erwerbslosen keine Mittel. Unser Genosse J o p p i g schlug vor, man solle doch unter Umständen den Gemeindevorstand, die hohe Einkommen haben, für diesen Zweck etwas vom Gehalt kappen. Jetzt hatte er erst ins richtige Weisennest getreten.

Mit großen Phrasen redete der sozialdemokratische Parteipapst Konrektor G r ä v e (nebenbei Hausbesitzer und Leiter der Fortbildungsschule) von der Not der Erwerbslosen und der Mittellosigkeit der Gemeinde Königszell. Wie einem Erwerbslosen zumute ist, davon hat doch diese ganze Gesellschaft keine Ahnung. Einen Monat früher hatte dieser Arbeitervertreter noch das größte Maul, indem er für seinen Obergewissen, den Gemeindevorsteher F e i g e, 110 Mark Umzugsgeld beantragte und durchsetzte; ferner wurden dem „Genossen“ F e i g e nach vierteljährlicher Dienstzeit, ebenfalls auf Antrag des G r ä v e, 12 pensionfähige Dienstjahre geschenkt.

Dieser Gemeindevorsteher mit dem Anfangsgehalt von 5000 Mt. und den üblichen Nebenbezügen hat kein Geld für die Erwerbslosen; ihm muß aber dringend eine Unterstützung zu seinem Umzuge von Zirban nach Königszell gezahlt werden, dabei ist die Entfernung nur ein Kappen. Jetzt wollen diese Arbeitervertreter mit einer Liste von Haus zu Haus gehen und für die Erwerbslosen schnorren. Ein Aufruf in der „Königszeller Zeitung“ zeigt uns das richtige Komitee dieser Fächter. Die beiden Espehehiten F e i g e und G r ä v e und der katholische Pfaffe, das richtige Sammelbureau. Eine richtige Arbeitervertreternummer ist auch der Berichterstatter der sozialdemokratischen „Schleifischen Bergmacht“. Dieser „Prolet“ konnte vor kurzer Zeit aus seinen Nebenbezügen, von Beruf amtlicher Lehrer, der Gemeinde 400 Mark schenken, die er allein von einem Versicherungsschluß mit der Gemeinde, und sicher durch Vermittlung seines Genossen G r ä v e, verbilligt hatte. Es ging ja nicht anders. Aber Zukunft hätten wir gerne, was dieser Genosse so in einem Jahre für Nebenbezüge hat, und was er an Steuer für diese Nebenbezüge abgeführt hat. Dieser „Proletarier“ ist sehr vielseitig: Lehrer, Berichterstatter der „Schleifischen Bergmacht“, Sparkassenrentant, Versicherungsagent und Lehrer an der Fortbildungsschule.

Weil nun aber absolut kein Geld in der Gemeindefasse für die Erwerbslosen vorhanden ist, so will man wenigstens dem Gemeindevorstand V e r g e l t zu seinem 25jährigen Dienstjubiläum 50 Mark geben. Man hätte nicht dagegen, wenn V e r g e l t nicht nach heutigen Begriffen ein vermögender Mann wäre. Wunders müssen wir uns nur, wie lange die Arbeiterklasse und die Erwerbslosen sich solche Arbeitervertreter gefallen lassen.

Eine Mitgliederversammlung der Roten Hilfe findet am Mittwoch im Lokal „Zur Krone“ statt. Wir erlauben die neuen Mitglieder, zu dieser Versammlung rechtlos zu erscheinen. Ebenfalls sind alle Parteigenossen dazu eingeladen.

## Schweidnitz

### Der „feine“ Hausverwalter Czichy

Echon einmal mußten wir den Hausverwalter C z i c h y von der Striegauer Straße 5 anprangern. Jetzt hat dieser „samole“ Herr Klage gegen den arbeitslosen Kollegen K u p p r e c h t angestrengt, um die sogenannte Wohnung zu räumen. Diese Wohnung, ein finstres, nasses Kellerloch, wird von zwei Erwerbslosen und einem Kind seit

zwei Jahren bewohnt, weil der Wohnungsamtsrat keine andere Wohnung beschafft. Der C z i c h y hat ein sehr „gestilltes“ Benehmen. Mit der Polizei geht er die Miete einlassieren. Den Mieter K u p p r e c h t bedroht er mit dem Messer; andere Bewohner beschimpft er „Dumpehunde“, „gewöhnliches Gesindel“ usw. Dem Mieter R. sperrt er oft die Wasserleitung ab auch das Klosett ab; das Mietendultungsbuch verweigert er herauszugeben; einen zweiten Stubenschlüssel zur Wohnung des R. behält er dauernd in seinem Gewahrsam. Eine Neuvermietung des C. lautete: „Wenn Sie keine Wohnung haben, dann ziehen Sie doch ins Sch...haus!“ Sogar ein Kopflisten nahm C. dem arbeitslosen R. weg, welches vor dessen Stuben für lag. Aus der Wäsche warf C. die Wäsche des R. hinaus. Wenn C. betrunken ist, martert er den Nerventrinken; er verflucht die Wäschemangel zu zerbrechen, brüllt wie ein Besessener, bis die Polizei einschreiten muß, zieht die Hosen herunter und mißt Photographieren usw. Als ihm einmal der Hofboden verschift worden war, nahm er seinen Waisenfreund R. zu Hilfe und strengte gegen den Mieter R. die Räumungsklage an.

Falls C. seine wilden Manieren nicht ändert, wird es ihm beibracht werden müssen, wie er sich zu benehmen hat. Es wäre auch angebracht, einen anderen Menschen als Hausverwalter zu bevollmächtigen, um Abhilfe in diesem Grundstück zu schaffen.

### Schweidnitzer „Braukommune“ ausgebrannt

Am Sonnabendmorgen brannte die am Wilhelmsplatz gelegene „Braukommune“ bis fast auf die Grundmauern aus. Der Schaden ist sehr groß; die Brandursache ist zurzeit noch ungeklärt.

## Niederschlesien

### Das Liegnitzer Stadtparlament tagt

Einfach zur Tribüne des Stadtverordnetenversammlungssaales hat nur der Inhaber einer dazu ausgegebenen Karte! Das ist das neueste Verfahren, die proletarische Öffentlichkeit auszuschalten. Von circa 1000 Wählern, die ihre Stimme der SPD. gaben, darf einer die Arbeit unserer Stadtväter kontrollieren. Bei der Sitzung am 11. Dezember interessierte uns am meisten die vom Magistrat beantragte Einführung der Getränkesteuer. Solche Einmütigkeit herrschte selten. Aus den verschiedensten Gründen erhebt sich bei der Abstimmung kein Arm für die Steuer. Jetzt hat wieder, wie bei der Regiersteuer, der Regierungspräsident das Wort. Trotzdem bloß zehn Vorlagen zur Beratung standen, von denen noch drei zurückgezogen wurden. Brauchte man allerhand Stunden zur „anstrengenden“ Tätigkeit. Gegen die Stimmen des Rechtsblocks einschließlich Nazis wird der Zuschuß zur Elisabeth-Schule abgelehnt. Ein Antrag der Mitte, diesen Zuschuß nur zu bewilligen, wenn am 1. April 1931 der Ausbau der Berufsschule erfolgt, wird angenommen.

Zur Abhaltung von Lehrgängen für jugendliche Erwerbslose wurden 5000 Mark bewilligt. Unser Genosse H o p p e vertrat den Standpunkt, daß es sich mit leerem Magen schwer lernen läßt, und man dieses Geld den Jugendlichen als Weihnachtsgeldhilfe geben soll. Bei der Neufestsetzung der Mieten für Exmittiertenwohnungen mußte selbst der Pastor sagen, daß die Unterkünfte auf der Pfaffenstraße aller Beschreibung spotten und nicht als Wohnungen, sondern als Löcher bezeichnet werden müssen. Die Vorlage wurde vom Magistrat zurückgezogen und eine Kommission gewählt, die diese „Ställe“ besichtigen soll. Der SPDist H o f f gebrauchte bei der Diskussion zu Nr. 4 folgende Worte:

„Es wird vielleicht in diesem Winter bei Gemeindefassen nicht mehr möglich sein, die Erwerbslosen zurückzuhalten, und was dann kommt, ist die Sintflut!“

Also hört, Proleten! Es ist dies ein Eingekändnis, daß man auch bis jetzt hat abhalten können vom Kampf. Ergo dafür, daß die Zeit der Sintflut, die eure Unterbrüder samt den Lakaien wegschwemmt, bald kommt. Kämpft mit der SPD. gegen den Hungerfeldzug.

## Liegnitz

### Mitgliederversammlung der Roten Hilfe

am Mittwoch, dem 17. Dezember, 20 Uhr, im Haag-Restaurant. Regelloes Erscheinen ist notwendig.

## Guhrau

### Schweres Unglück in einer Mühle

Als der Müllermeister Kreuz in Seifersdorf den Motor seiner Mühle ankurbelte, schlug plötzlich die Kurbel zurück. Der Müllermeister wurde gegen eine Wand geschleudert und erheblich verletzt.

Stadttheater Schweidnitz. Heute Dienstag, 20 Uhr, geht die reizende Komödie „Der rasende Sperling“ (Straßenmusik) in Szene. — Donnerstag, 20 Uhr, zum 15. Male Franz Lehars Welterfolge „Das Land des Lächelns“. — Freitag, 20 Uhr, zum 1. Male die große Schlageroperette „Viktoria und ihr Husar“. — Sonntag, 15.30 Uhr Märchenvorstellung „Wie Klein-Evil ins Zwergenreich kam.“ 19.30 Uhr „Viktoria und ihr Husar.“

## Landeshut

### Der „A obfgeißt“ von Oppau

Wir berichteten seinerzeit aus Oppau von seltsamen Klappgeräuschen im obersten Hause eines Mädchens, die besonders stark waren, wenn das Mädchen in dem betreffenden Zimmer weilte. Untersuchungen sind jetzt durch Zuhilfenahme eines Wäschekontrollgängers erfolgreich fortgesetzt worden. Dieser stellte fest, daß sich unter dem Wohnraum starke Wasseradern befinden. Als das Mädchen die Wäschekrute in die Hand nahm, wurde eine besonders starke Reaktion festgestellt. Nach einem graphologischen Gutachten ist das Mädchen sehr sensibel veranlagt, woraus die Heftigkeit der Geräusche, die sie zu hören stets angab, sich erklären dürfte.

## Liebau

### Wieder ein Fortunfall

Beim Aufarbeiten eines Baumstammes im Mersdorfer Forstrevier kam dieser plötzlich ins Rollen. Ein Holzschläger wurde getroffen und ihm dabei ein Bein völlig zertrümmert. Der Unglückliche erlitt noch andere schwere Verletzungen und mußte sofort nach Breslau übergeführt werden.

## Glogau

### Vom flirzenden Baum erschlagen!

Im Holzschlage bei Ober-Jauch wurde am Sonnabend der Arbeiter Valer aus Toppendorf von einem in falsche Richtung fallenden Baume getroffen und so schwer verletzt, daß er bald darauf verstarb.

## Schönberg

### Durch Not in den Tod getrieben

Auf den Kirchhof ausgewandert ist der Buchhalter C. Wiltner. Jahrelange Arbeitslosigkeit trieb den alleseitig Geachteten in den Tod. Er sollte sich auch an den Schularbeiten beteiligen und äußerte gelegentlich kurz vor seinem Tode einem Kollegen gegenüber auf die Frage, ob er auch mit schälen gehen werde: „Ach muß!“ Dies war Wahrzeichen der Sklaverei, und diese werden ins Unermeßliche steigern, wenn die Arbeiterklasse nicht bald die Gefahr erkennt, in der sie sich befindet.

## Aus dem Riesengehirne

### Staatsanwalt fordert Gehorsam für diesen Staat!

Am 10. Dezember verhandelte das Hirschberger Große Schöffengericht gegen die Genossen Kirzsche und Hein, welche gegen das vor einigen Wochen ergangene Urteil wegen gewalttätiger Sprengung einer Naziverammlung Berufung eingelegt hatten. Obwohl ein Apparat von 19 Zeugen aufgeboten war, gab die Verhandlung keinerlei Anhalt für eine Schuld der Angeklagten. Man wunderte sich ja heute über nichts so leicht; jedoch blieb manchem Zuförer im Verstand stehen, als der Oberstaatsanwalt von den Angeklagten „Gehorsam für diesen Staat“ forderte. Und als Genosse Kirzsche die einzig richtige Antwort gab: „Dann soll dieser Staat auch seine Pflicht tun und uns ernähren!“, wurde die Öffentlichkeit aus geschlossen, weil sie den letzten Worten begeistert zustimmte. Die ganze war eines der großen Theater, denen im Reiche Hunderte von Genossen zum Opfer fallen. Wie lange noch? Bezeichnend ist die Ansicht des Vorsitzenden, der in der Urteilsbegründung ausführt, daß man derartige Vapallen besser nicht erst vor ein Gericht bringt. Was sagt die Polizeiverwaltung dazu?

## An unsere Leser!

Trotz Weihnachten, trotz Erwerbslosigkeit schenkt uns der kapitalistische Lieferant kein Rohmaterial. — Auch wir können deshalb die Zeitung nicht gratis liefern. — Pünktliche Zahlung tut not!

Die Verlagsleitung.

**WIEBICH**

Theater  
Raf 3466

Beste Dienstag 4<sup>15</sup> und 8<sup>15</sup> Uhr

**Premiere!**  
Gastspiel  
**Weintraubs**  
Syncepaters

Das beste deutsche Jazz-Orchester!

Linga Singh  
Der indische Zauberfürst

Scarletts  
4 Schimpen aus Die Weltensensatio  
und das große

**Weihnachtsprogramm**

Täglich 2 Vorstellungen, 4<sup>15</sup> und 8<sup>15</sup>  
Nachmittags halbe Preise u.  
Vollprogramm

**Vereinigte Theater**

**Lobe-Theater**  
Von Montag, den 15. 12.,  
bis Sonnabend, den 20. 12.,  
20.15 Uhr  
**Sektion Rahlfestten**  
Sonntag, den 21. 12.,  
15.30 Uhr  
**Emil und die Detektive**  
Ein Theaterstück für Kinder  
Von Sonntag, den 21. 12.,  
bis Dienstag, den 23. 12.,  
20.15 Uhr  
**Sektion Rahlfestten**

**Thalia-Theater**  
Von Montag, den 15. 12.  
bis Sonnabend, den 20. 12.,  
20.15 Uhr  
Zum 25. Male!  
**Das Konto X**  
Sonntag, den 21. 12.,  
15.30 Uhr  
**Das tapfere Schneiderlein**  
Von Sonntag, den 21. 12.  
bis Dienstag, den 23. 12.  
20.15 Uhr  
**Das Konto X**

**Ein Geschäftsmann**  
der etwas auf sich hält vergißt  
nicht in der

**Arbeiter-Zeitung**  
seinen Kunden seine

**Neujahrswünsche**  
zu übermitteln.

Vor Einkauf von

**Möbeln u. Stühlen**  
aller Art

vom einfachsten bis zum ge-  
diegensten Genre besichtigen  
Sie bitte völlig unverbindlich  
unser reichhaltig. Fabriklager  
Sie werden dort bestens und  
billigst bedient Teilz. gestattet.

**Biener & Dührig, Breslau**  
Stühle u. Möbeln detail, en gros  
Geschäft: Matthäenstr. 107  
Fabriklager: Weinbergsweg 18-20

**Werte Genossen!**  
Heute, 20 Uhr, im Saale der Mo-  
nischen Gemeinde, Günstr. 14/15  
spricht und rezitiert aus eigenen  
Werken der bekannte proletarische  
Dichter

**Genosse Erich Weinert, Berlin**  
Alle Genossen proletarischer Orga-  
nisationen fordern wir auf, diese  
Veranstaltung zu besuchen. Die  
Eintrittspreise betragen für Jugend-  
liche und Erwerbslose 0,25 Mk., für  
Erwachsene 0,40 Mk.

**Bund der  
Freidenkerjugend Breslau**

**Ihr größter Vorteil**

Probieren Sie meine Arbeit in der  
Anfertigung sämtlich. Maßarbeit,  
besonders

**Schuhreparaturen**  
**Keine Maschinenarbeit**

Neu aufgenommen:  
**Alle Arten Arbeits- und  
Berufs-Schuhwerk**  
zu niedrigsten Preisen

**Ferdinand Ott**  
Schnellbesohlanstalt — Schuhwaren  
Schweidnitz, Züchnerstraße 2

**Preisabbau!**  
Meiner werten. Kundenschaft von  
Siretlen und Umgegend zur geill  
Kenntnis, daß ich die Preise für  
**Fleisch- und Wurstwaren** wie  
folgt herabgesetzt habe:

Verbes Fleisch o. Knoch. Pfd 0.50  
Gew. egtes „ „ 0.50  
Knoblauchwurst „ 0.50  
Zerelatwurst mit Speck „ 0.90  
„ ohne Speck „ 0.70  
Rohes Polnische „ 0.70  
Preßwurst, pr. m Schweinefleisch 0.70

**Sonnabend ausnahmweise**  
pr. Füllfleisch o. Knoch. Pfd. 0.70

Hochachtungsvoll  
**F. Wagner, Rohlfleischerei, Strehlen**

**Stadttheater  
Schweidnitz**

Dienstag, 18. Dezt.  
8 Uhr

**Der rasende  
Sperling**  
Komödie von  
F. Schurel

Donnerstag, 18. Dezt.  
8 Uhr

Zum 15. Male!  
**Das Land des  
Lächelns**

Freitag, 19. Dezt.  
8 Uhr

**Viktoria und  
ihr Husar**  
Große Schlager-  
Operette v. Abraham

Sonntag, 21. 12.  
nachm. 1.4 Uhr

**Wie Klein-Evil ins  
Zwergenreich kam**  
abends 1/8 Uhr

**Viktoria und  
ihr Husar**



## Unsere Rundfrage

# Was sagst du, Prolet?

Wir veröffentlichen gestern Argumente der Sozialdemokratie im Wortlaut, womit die SPD-Führer ihre Unterstützung der Brüning-Regierung begründen. An alle Leser ergeht noch einmal die Aufforderung, sich an der Beantwortung unserer im Anhang daran gestellten Fragen zu beteiligen.

Heute drucken wir nachstehend drei Zitate aus dem großen Artikel des Genossen Ernst Thälmann (siehe „Rote Fahne“ vom 12. Dezember) ab, und bitten die Leser, welche sich an unserer Rundfrage beteiligen, auch auf diese Ausführungen einzugehen.

### Faschismus im Anfangsstadium

In seinem Artikel führt Genosse Thälmann aus: „Heute ist die Brüning-Regierung selbst zur Regierung der faschistischen Diktatur in ihrem Anfangsstadium geworden. Denn die Frage der faschistischen Diktatur ist für den Marzisten keine persönliche Frage. Nicht das Problem, daß ein Mussolini oder ein Hitler aus Ruher kommen muß, sondern vielmehr die Frage der Klassenmäßigen Rolle eines Regimes.“

### Zwei Fraktionen des Faschismus

„Wenn heute die Nationalsozialisten im Reichsmahltabe noch von der Macht ausgeschlossen sind, so entspringt das der Tatsache, daß der deutsche Faschismus gegenwärtig in zwei deutlich geschiedene fraktionelle Lager gespalten ist. Auf der einen Seite der Brüning-Block, der die faschistische Diktatur unter stärkster Ausnutzung und Diskreditierung der Sozialdemokratie durchzuführen sucht. Auf der anderen Seite der Block Hugenberg-Hitler.“

### Abwarten oder kämpfen?

„Aber nicht weniger wichtig ist das klare Bewußtsein der Massen, daß es Selbstmord wäre, abzuwarten, bis die Bourgeoisie und der Kapitalismus alle Formen und Möglichkeiten ihrer Klassenherrschaft der faschistischen Diktatur ausgedehnt haben. Ihre ganze Kraft und Aktionsfähigkeit, ihr Selbsterhaltungstrieb, ihre revolutionäre Energie und ihr Freiheitswille müssen auf das Ziel der Befreiung der faschistischen Diktatur eingestellt sein.“

Wir fordern hiermit unsere Leser auf, diese drei Zitate aus dem Artikel des Genossen Thälmann bei sozialdemokratischen Arbeitern zur Diskussion zu stellen. Schreibt uns, was sie euch antworten.

Wir verweisen darauf, daß wir Ende nächster Woche in einem besonderen Artikel auf alle ausgeworfenen Fragen zurückkommen werden.

## Anerkennung wider Willen

### Gewaltfamer Kampf gegen die Sowjetunion „wenig aussichtslos“

Hamburg, 18. Dezember. (Eig. Bericht.) Der frühere deutschnationale Reichstagsabgeordnete Professor Dr. Hoehlich hielt im Hamburger Uebersee-Klub eine Rede über Sowjetrußland, in der er eine Reihe von interessanten Feststellungen machte. So warnte er u. a. davor, aus internen Parteidiskussionen in der Sowjetunion Schlüsse auf den Bestand des Sowjetismus zu ziehen. Die russische Diktatur sei nicht, wie der Faschismus, eine Diktatur der Einzelpersonlichkeit, sondern die einer Partei und durch die Rätewahl beeinflussbar. In der Sowjetunion sei man sich einig als Marxisten und Leninisten.

Die Art, wie heute mehr durch Selbstkritik als durch Hinweis auf Erreichtes an der Verwirklichung der Ziele gearbeitet werde, lasse die Frage potemtinscher Dörfer längst als vollkommen wesenlos erscheinen. Weiter muß er schließlich betonen, daß, nachdem sich das Sowjetssystem 13 Jahre lang in der Sowjetunion verankert hat, für die Gegner der Sowjetunion ein gewaltfamer Kampf gegen das System und auch gegen seine Einflüsse über Rußland hinaus wenig aussichtslos sei.

Selbstverständlich macht Hoehlich aus seiner Gegnerschaft gegenüber der Sowjetunion und der kommunistischen Bewegung kein Hehl. Er ist ihr Feind und wird es bleiben. Daß er zu derartigen Feststellungen gezwungen ist, beweist nur, daß er die Lage in der Sowjetunion und auch die Lage des kapitalistischen Systems nichterner als andere Feinde der Sowjetunion beurteilt.

Trotzdem stellen diese Ausführungen eine sehr interessante Widerlegung der dummen und gemeinen Lügen gegen die Sowjetunion dar, wie sie die sozialfaschistische Bürokratie täglich zur Verhöhnung der Arbeiterschaft losläßt.

## „Die Junge Garde“ wird trotz Verbot Tageszeitung!

Die „Junge Garde“, das einzige Kampforgan der arbeitenden Jugend, wird Tageszeitung. Vor einigen Wochen hat Organe die „Junge Garde“ verboten, weil sie die Ohrfänger-Förderung durch den Jungarbeiter Heidrich angeblich verherrlicht hat.

Dies war nur der Vorwand. Sie wurde verboten, weil sie als Kampforgan der revolutionären Jugend ihre Interessen vertrat und mit revolutionärer Klarheit die Jugend zum Kampf aufforderte. Als die „Rote Fahne“ verboten war, forderte sie in einer Sonderausgabe die Berliner Jungarbeiter und Lehrlinge zum Kampf gegen den achtprozentigen Lohnraub in der Berliner Metallindustrie auf.

Durch das Verbot der „Jungen Garde“ sollte der Kampf der Jungarbeiter gegen den Lohnraub getroffen werden. Man verbot die „Junge Garde“, um die Zwangsarbeit und faschistische Erziehung der jugendlichen Erwerbslosen, die Heraushebung des Wahlalters in Bayern, die drohende Arbeitsdienstpflicht besser durchzuführen zu können.

Die revolutionäre Jungarbeiterschaft antwortete mit der Herausgabe von tausenden Betriebs- und Häuserblockzeitungen. Sie wird das Verbot erst recht beantworten, indem sie alle Kräfte anspannt, die „Junge Garde“ als Tageszeitung herauszugeben.

Jetzt wird sie jeden Tag Rot und Glend der Jungarbeiter aufzeigen, jeden Tag wird sie mit revolutionärer Klarheit, mit hammernder Begeisterung die Jungarbeiter zum Kampf gegen die faschistische Diktatur aufrufen. Was man sie auch noch so oft verbietet, die „Junge Garde“ und mit ihr der Kampf der

## Die Nachwuchskrise der SPD.

# Der Niedergang der SAJ.

## Die Jungproletarier brechen mit dem Sozialfaschismus — Der KZD. ruft ihnen zu: Her zu uns!

Man schreibt uns:

Die Sozialistische Arbeiter-Jugend befindet sich in einer schweren Krise. Der Niedergang der SAJ geht ungeheuer schnell vor sich. Nun, kann es auch anders sein? Die sozialdemokratischen Führer haben einen jahrelangen Verrat an den Interessen der Arbeiterjugend verübt. Die Jungarbeiter vergessen nicht, daß ein Sozialdemokrat es war, der den Jungarbeiterlosen die Unterstützung geraubt hat. Die nachfolgenden Beispiele zeigen allen Jungarbeitern, daß die SAJ dem Bankrott nahesteht:

Auf der Bezirkskonferenz des KZD-Ruhrgebietes sprach ein ehemaliger SAJ-Genosse aus Kettlinghausen folgenden Satz: Vor einem Jahr schrieb der Bezirksvorstand der SAJ an uns: „Gibt es bei euch einen KZD?“ Unsere Antwort war „Nein!“ Wenn heute die Bezirksleitung des KZD an uns schreibt: „Gibt es bei euch eine SAJ“, so können wir schreiben: eine SAJ gibt es nicht mehr.

Die Ortsgruppe der SAJ-Mitbau bei Berlin ist eingegangen. In Haberberg, Ostpreußen ist die SAJ von 40 auf 14 Mitglieder zurückgegangen. In Herne in Westfalen hatte die SAJ im Januar 60 Mitglieder, im November nur 9 Mitglieder. Die Königsberger SAJ ging von 200 auf 35 zurück. Im Bezirk zählt die SAJ nur noch 600, während der KZD 1200 zählt. In Raumburg wurde die SAJ aufgelöst und neugegründet. Heute zählt sie nur 20 Mitglieder, vorher über 50. In Halle (Saalekreis) ist der KZD sechsmal stärker als die SAJ. Die Elberfelder SAJ ging um 25 Prozent zurück. Im Wupper-

thal gibt die SAJ 600 Mitglieder an, in Wirklichkeit haben sie aber nur etwa 150 Mitglieder.

Diese Tatsachen zeigen den völligen Bankrott. Die Rebellion der Arbeiter steigt von Tag zu Tag. In Hannover und Mannheim und in einigen anderen Städten sind starke oppositionelle Strömungen vorhanden. Die proletarischen oppositionellen SAJ-Genossen erkennen immer mehr, daß der Reformismus ihre Interessen nicht vertritt. Sie wenden sich ab vom Reformismus und kommen zum KZD. In Schlesten traten 20 SAJler über, in Sachsen seit 1. August 28, in Berlin etwa 80 Genossen der SAJ.

Die Sozialdemokratie befindet sich in einer schweren Nachwuchskrise. Die Jugend steht nicht bei der SPD. Diese Tatsache wird selbst im „Freien Wort“, Heft 43, zugegeben. Es heißt dort in einem Artikel von Erhard Tewes, Rotibus:

„Die Sozialdemokratie verflücht über eine glänzende Organisation, über einen prachtvoll eingepackten Parteiapparat, über einen Stamm treuer Kämpfer, sie verflücht nicht über den Nachwuchs, der einmal an die Stelle der heutigen Parteiorganisation rücken soll. Uns fehlt die Jugend und deshalb vermischen wir Jüngeren die Begeisterung, den Kampfesstolz, die Beweglichkeit. Die Partei ist ein schwerfälliges Organismus geworden.“

Für die arbeitende Jugend müssen diese Tatsachen ein Anlaß sein, sich loszusagen von der Politik der Sozialfaschisten. Wir alle wollen uns sammeln um das Banner Karl Liebknechts zum Sturze der faschistischen Diktatur.

SAJ-Genossen! Euer Platz ist im KZD!

Heraus mit Karl Peters!

# Befreit die Braun-Regierung nur Fememörder?

## Kämpft mit der Roten Hilfe für die Freilassung unserer 1300 politischen Gefangenen!

Vor einem Jahr, am 14. Dezember 1929, ging folgende Meldung durch die gesamte sozialdemokratische und bürgerliche Presse: „Strafverurteilung für Fememörder. — Durch das preussische Justizministerium (also durch die sozialdemokratische Preussenregierung) ist angeordnet worden, daß die Freiheitsstrafen, die gegen die Fememörder Johann Stein, Walter Schirrmann, Theodor Benn und Alfred Wickenkamp wegen Ermordung des Schillingen Panier verhängt worden waren, am 14. Dezember (also kurz vor dem sogenannten Weihnachtsfest) unterbrochen werden und der Strafvollzug ausgesetzt wird.“

So befreite die Sozialdemokratie längst vor der im Reichstag angenommenen Amnestie die Fememörder, die bei Erlass dieser Amnestie bis auf Klapproth sämtlich in Freiheit waren.

Karl Peters, unser zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteiltes Genosse sitzt aber bis zur Stunde gemeinsam mit dem wegen des gleichen Vergehens verurteilten Genossen Nachtigall im Zuchthaus Brandenburg.

Inzwischen hat selbst, wie wir bereits mitteilten, die Naziregierung Braunshweigs ihre Zustimmung zu einem völligen Straferlaß für Karl Peters gegeben. Die sozialdemokratische Braun-Regierung in Preußen aber schweigt immer noch.

Gemeinsam mit der Roten Hilfe müssen jetzt die Millionen Werktätigen an alle sozialdemokratischen Arbeiter die Frage stellen, ob die sozialdemokratische Preussenregierung nicht endlich gewillt ist, auch Karl Peters und Nachtigall endlich in Freiheit zu setzen. 1300 revolutionäre Arbeiter aber sind es, die insgesamt unter der faschistischen Diktatur jetzt die Gefängnisse und Zuchthäuser füllen. Für sie gilt es, in der Winterhilfsaktion der Roten Hilfe die wertvollen Massen zu mobilisieren. Ihre Frauen und Kinder müssen durch Massensammlung in den Betrieben, Kontoren, Stempelstellen und Arbeiterhäusern, durch die proletarische Solidarität geschützt und in ihrem Kampfgeist gestärkt werden.

Heraus mit unseren politischen Gefangenen, muß die Lösung sein!

# Ohne Frauen keine proletarische Einheitsfront!

„Eine Einheitsfront ohne Frauen ist nur eine halbe Einheitsfront, und eine halbe Einheitsfront ist keine Einheitsfront.“

(Heinz Neumann in seiner Begrüßungsrede auf dem II. Reichstagskongreß werktätiger Frauen.)

Hunderttausende Frauen kamen in Bewegung, wurden mobilisiert. Immer stärker reifte in ihnen die Erkenntnis heran — so kann es nicht mehr weiter gehen, wir müssen unser Geschick in die eigene Hand nehmen. Die Frauen begannen zu rebellieren. Sie traten an den Ketten der Ausbeutung und Knechtschaft. Sie wollten mitkämpfen um ein freies und besseres Leben.

Wo ist der Ausweg aus Hunger und Elend? — Kampf für ein freies sozialistisches Deutschland — war überall der Ausruf ihrer Mägen.

Der 2. Reichstagskongreß werktätiger Frauen war die Krönung einer vorhergehenden breiten Massenarbeit unter den werktätigen Frauen. Er war zugleich aber auch der Ausgangspunkt für die Entfaltung einer noch stärkeren, mächtigeren Delegiertenbewegung. Tausend Delegierte waren auf dem 2. Reichstagskongreß. Zu diesen tausend Delegierten werden bei der Berichterstattung in den Versammlungen im Betrieb, im Wohngebiet usw. zehntausend neue Delegierte hinzukommen. Breite Schichten der werktätigen Frauen, gleich welcher Parteizugehörigkeit, gehen durch diese Einheitsfrontkanäle der Delegiertenbewegung.

Die 1. Sitzung des Reichskomitees werktätiger Frauen hat getagt. Als die nächsten Kampfaufgaben wurde festgelegt die sofortige Zusammenfassung aller Delegierten zur Durchführung einer umfassenden Berichterstattungskampagne vom 2. Reichstagskongreß. In allen Versammlungen sollen Delegierte hinzugewählt werden. Die Delegierten treten zu

ständigen Delegiertenversammlungen

im Betrieb, der Stempelstelle, im Wohngebiet, auf dem Gut und im Dorf zusammen und besprechen dort ihre Aufgaben. Kampf gegen den Lohnraub, gegen die Notverordnungen, gegen den Preisabschwindel für die Forderungen der werktätigen Frauen, die der 2. Reichstagskongreß gestellt hat, das heißt —

Severing, Brüning, Hitler und Goebbels schon längst keinen mehr spricht.

Am 21. Dezember ist Grobwerbelag für die „Junge Garde“. Jedes beteiligt sich an der Werbung. Jeder wirbt einen Abonnenten. Heraus zur Werbung! Es lebe die „Junge Garde“, die Tageszeitung, das Kampforgan der werktätigen

Schaffung einer breiten Einheitsfrontbewegung der werktätigen Frauen im Bunde mit den Männern zum gemeinsamen Kampf gegen die faschistische Gewaltherrschaft und ihre Stützen, die National- und Sozialfaschisten.

Heran an die sozialdemokratischen, christlichen und in den faschistischen Verbänden organisierten Frauen.

„Wir wollen gemeinsam kämpfen für ein besseres Leben“, sagte eine sozialdemokratische Arbeiterin auf dem Reichstagskongreß. Das ist das Gebot der Stunde. Die Frauenbelegierten sind die Pioniere in diesem Kampf. Sie sammeln die Frauen, rütteln sie auf und zeigen ihnen den Weg des Kampfes.

Eine große Verantwortung lastet auf dem Reichskomitee und jeder einzelnen Delegierten. Mit Mut und Begeisterung heißt es jetzt, heran an die Arbeit. So schreibt bereits eine Delegierte aus Oberschlesien an das Reichskomitee:

„Ich, eine Frau einer siebenköpfigen Familie, habe schon zu arbeiten, aber trotzdem will ich die Kraft und den Mut zeigen, denn hier ist das Volk so verdammt von den Pfaffen. Ich will den Kampf mit meinen Genossinnen führen in der Hoffnung, daß wir bei unserer nächsten Versammlung neue Frauenbelegierte erreichen und daß wir immer vorwärts marschieren für ein Sowjetdeutschland.“

Neue revolutionäre Kräfte wachsen heran. Eine mächtige Delegiertenbewegung kommt in Fluß.

Tausende aus Hunderttausende Frauen werden sich als entschlossene, kampfgewillte Klassenkämpferinnen einreihen in die proletarische Einheitsfront. Hunderttausende und Millionen Frauen werden durch die Delegiertenbewegung zusammengeschiebt zum Kampf gegen die faschistische Diktatur, gegen die weitere Entrechtung und Verflüchtung der Frau durch die Notverordnungen.

## Aufstand auf Hainan

Peking, 18. Dezember. Auf der Insel Hainan (Nordchina) ist ein neuer Aufstand ausgebrochen. In Hainan errichteten die Arbeiter und Bauern die Sowjetmacht. Auf der ganzen Insel, die zum großen Teil bereits in den Händen der Arbeiter war, herrscht große Begeisterung.

30 britische und amerikanische Missionäre flüchten vor der Arbeitermacht „bedrohlich“ und haben durch die Revolutionäre um Entsendung eines Interventions-Kriegsschiffes nach Hainan, gegen die Roten“ erlucht.

Gebrüder Wolfs Gaststätten in allen Stadtteilen!

Zentrum

Union-Weinhaus
Besitzer: Willy Neumann
Weisse-Strüchchen-Bar
Neue Gasse 2 Tel. 250 65

Albert Gutsche, Reuschestr. 29/31
bekannt als leistungsfähig in Leder- u. Schuhbedarfsartikeln
Zweigstellen: 1. Gräbschener Str. 19 21 / 2. Mollkestr. 14
3. Bohrauer Straße 27 / 4. Poststraße 7
Einkaufsquelle sämtlicher Werkstoffe!

P. Pohl Schokoladen, Kakao, Zuckerwarenfabrik
Filialen in allen Stadtteilen

Metallbettstellen / Matratzen
Gaskocher
Beier & Olowinsky o.m.b.H.
Herrenstraße 31 1279

Menzels Brauerei - Ausschank
Verkauf von 3-Kronen-Jungbier
Kupferschmiedestr. 5/6, Fernr. 58117
Bestempfohlene warme und kalte Küche
Reichhaltige Mittag- und Abend-Karte

Mütze und Hut
kaufen Sie gut
bei ROBERT SCHUPPE, Nikolaistr. 34 1708

„Alkazar“
Die Unterhaltungsstätte
des Volkes!
Direktion Gust. Büttner

W. Kelling
reingt / färbt / wäscht 1272

NÄHMASCHINEN
für Haushalt, Heimarbeit u. Gewerbe
10 Mk. Anzahlung, 2,50 wöchentl. Ratenzahlg.
Jos. Greulich, Mechanikerstr.
Herrenstraße 24 Tel. 507 65 1688
Reparaturen und Ersatzteile für alle Fabrikate

„Zur gold. Marie“
HÖBNER'S Brauerei, Breitestr. 39
selbstgebraute Biere, anerkannt
preiswerte und gute Küche 1709

CARL PAUL, Schreibeis 1/3
Getreide-Dampfbrennerei
Spezialbrot „Friedens-Crème“ 1274

Uhren, Gold- und Silberwaren
ARNHOLD ROSENTHAL
Neue Schmiednitzer Straße 5
Beste Bezugsquelle für
Arbeiter, Angestellte u. Beamte 1941

Für die Augen
Heidrich
Optikermeister • Stadttheater geradeüber 1707

Denk an die Deinen
durch Abschluss einer Bestattungs- oder Lebensversicherung beim
Volkswohl-Bund
Allg. Bestattungs- und Versicherungsverein a. G. Berlin. Bezirksdikt. Breslau, Junkernstraße 12
Geschäftsstellen an allen größeren Plätzen der Provinz Schlesien und Ober-Schlesien

RESERVIERT

Brauerei u. Ausschank
„Zum groß. Meerschiff“
Inf. E. Doynl
Breslau, Reuschestr. 28
(1 Minute vom Königsplatz)
Telephon 50638
Ausschank nur selbstgebraut. Biere
Anerkannt gute Küche
Mittagstisch von 12 bis 3 Uhr 1711

Kauf bei
Blasse!
Blasse ist billig!
Breslau, Graupenstr. 6-10
FRANZ MOTZEK, Nikolaistr. 24
BÄCKEREI u. KONDITOREI 1554

Theodor Buchali
Zwingerplatz 2
und Filialen
Vocelfutter / Vogelkäfige
Käfig-Utensilien 1713

A. M. R e m a k, Kupferschmiedestr. 37
zwischen Schmiedebrücke u. Oderstr.
Lederhandlung, Schuhmacherbedarfsartikel
Lederausschnitte billigst 1840

DIE Zigaretten für ALLE
Haus Bergmann
Zigarettenfabrik AG, Dresden 1209

Städtische- und Feinkost-Haus
EDUARD SCHÖNFELDER, Neue Tschannenstr. 17
im Hotel „Kronprinz“ - Tel.: 297 31 2019

HOTEL „GELBER LÖWE“, Oderstr. 23
Treff • sämtlicher Werkstätigen
Fremdenzimmer zu erm. Preisen 2023

West

Zentral-Theater / Ballsäle
Breslau 6 / Westendstraße 50/52
Inhaber: Alfons Hahn / Fernruf 234 29

Reserviert

Merkur-Drogerie
WILLY KLINKE
Leuthenstraße 12/14 1395

KARL MILDE
Kohlenhandlung und Fuhrgeschäft
Posener Str. 70. - Tel.: 585 74 1719

Kaufhaus
EMIL SCHMELZ
Friedrich-Wilhelm-Straße 25 2021

RESERVIERT 1397
MAX KOMMEL
Fleischerei und Wurstfabrik
Friedrich-Wilhelm-Str. 107 1714

Fleischerei und Wurstfabrik
PAUL GILLER Alsenstraße 4 1390

Fleischerei und Wurstfabrik
RICH. DREUCKER
Westendstraße 45 1399

Kolonialwaren, Delikatessen, Konserven
Weine, Zigaretten, Zigarren, Tabakwaren
FRANZ RZEHULKA
Alsenstraße 48, Ecke Leuthenstraße 1280

KAISER-FRIEDRICH-APOTHEKE, Th. Grundh.
Anfertigung von Rezepten sämtl. Krankenkassen
Friedrich-Karl-Straße 25, Ecke Alsenstraße 1551

Kauft Blumen und Kränze
bei Frau ELISABETH ROESSLER
Alsenstraße 24 1388

Fleischerei und Wurstfabrik
HERM. LOREK, Alsenstraße 68 1391

Glückauf-Apotheke
Zehnerstraße 3 a 1549

Fisch-Spezialgesch.
K. Schinzel, Frankfurter Str. 127 1398

FLEISCHEREI und WURSTFABRIK
Alfred Wolf, Zehnerstraße 3a 1548

ALFRED WOLF
Eisenhandlung, Haus- u. Küchengeräte
das größte Spezialgeschäft des Westens
Alsenstraße 59, Ecke Leuthenstraße 1389

Fischwaren - Räucherwaren
HUO ULLMANN
Friedrich-Wilhelm-Straße 99 1393

FLEISCHEREI und WURSTFABRIK
Agnes Berndt, Lange Gasse 58 1555

SCHUHWAREN
nur bei
WILHELM VOGEL
Scheitniger Straße 12
Friedrich-Wilhelm-Straße 66 2022

RESERVIERT! 1554

Reserviert

BÄCKEREI u. KONDITOREI
G. ZOROWKA
Westendstraße 65 1394

Konrad Stanke, Frankfurter Str. 166
Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte 1718

Nord

Gaststätte Blumenthal vorm. Windisch
Matthiasstr. 146
empfehl. gut gepflegte Biere und Getränke
Anerkannt gute Küche / Aufmerksame Bedienung 1870

MOBEL
Lorenzow
Matthiasstr. 116
100 Mus.-Zimmer
u. Einzeimöbel
Zahlen-seriel chierunr

Gustav FEIERTAG, Elbingstraße 5
Bäckerei u. Konditorei 1705

EDUARD HOFFMANN
Molkerei
Weißenburger Straße 34 1565

F. KOHN, Kospothstraße Nr. 18
Fischwaren-Spezialgeschäft 1706

Möbelhaus
Paul Rogoll, Matthiasstr. 59
kauft man gut und billig! 1701

HEDWIG DEPTA, Canevarstr. 8
FISCH-SPEZIAL-GESCHÄFT 1553

Schuhwaren / Reparaturwerkstatt / Maßschuh
KARL POLNY
Wunderstraße 11 1564

Gut und preiswert kaufen Arbeiter
in der Bäckerei
F. BERGER, Krennstraße 88 1937

Gaststätte „Zum Lessing“
Adalbertstraße 10
Treff • sämtl. Werkstätigen
Saal für Vereinsfestlichkeiten 1557

Fisch Aberle
Matthias Str. 159 1804

Hans FAULHABER, Trebnitzer Str. 46
Kolonialwaren
und Lebensmittelgeschäft 1715

W. ZEMBROD
Waterloostraße 11
Kolonialwaren
Spirituosen 1567

GUSTAV PUTZKE, Breslau
Die billigste Einkaufsquelle in
f. Fleisch- und Wurstwaren
Kletschkaustraße 15 u. Bendorplatz 12 1561

Hut-Hönisch
Matthiasstraße Nr. 139 1880

Paul Herrmann
Bäckerei u. Konditorei
Trebnitzer Straße Nr. 64 1580

Drogerie „Zum Großen Kurfürsten“
RICHARD ELISON
Matthiasstraße 161/63 1700

Kolonialwaren / Delikatessen
EMILIE STRAUCH, Matthiasstr. 96 1568

FRIEDRICH MÖLLENIEDERLAGE
Spez. Mühl-, Vogelfutter, Eisenwaren
Matthiasstraße 85 1569

K. Salomons Gaststätte, Rosenstr.
Treffpunkt sämtl. Werkstätigen 1664

Fleischerei und Wurstfabrik
FAUL BERNDT
Weißenburger Straße 4 1568

ERNST FRENZEL, Matthiasstraße 142
Bäckerei u. Konditorei 1708

Kolonialwaren / Spirituosen
JOHANNES LUBINSKY
Matthiasstraße 99 1571

Fleischerei u. Wurstfabrik
ERNST BUNKE, Ottostraße 24
Telephon: 448 50 2011

Julius RAUCHFUSS, Scheitniger Str. 33
Gaststätte / Fabrikation
und Verkauf von Spirituosen 1928

Hermann Lange, Matthiasstraße 183
Lebensmittelgeschäft, WIND u. Geflügel 2018

ANTON MAKOSCH, Matthiasstr. 48
Fisch-Spezialgeschäft 2020

Kolonialwaren / Spirituosen
HEINRICH TITZE NACHF.
Trebnitzer Straße 32 1562

Süd

Das echte
Schlitzbrot
Vollkornbrot
HERMANN SCHOLZ, Bäckermeister
Gräbschener Str. 68 1932

Eduard Sternitzke, Lewaldstr. 8
Fleischerei u. Wurstfabrik 1712
Karl Frühschütz, Gräbschener Str. 89
Molkereiprodukte
56 Brötchen / Kolonialwaren 1711

Kochwaren billiger Einkauf
im Südbau mit Warenempfehlung
Gabitzstraße 4
Wiederverkäufer Sonderpreis! 1939

SCHUHHAUS FRÖHLICH
Spezialhaus
für Herren-, Damen- und Kinderschuhe
Klosterstraße 85 2113

OST
Friedrich
Breslau, Klosterstr. 39a
FERNRUF 29820
Erd-, Feuerbestattungen
Bestattungsvericherung
Niedrige Preise 1977